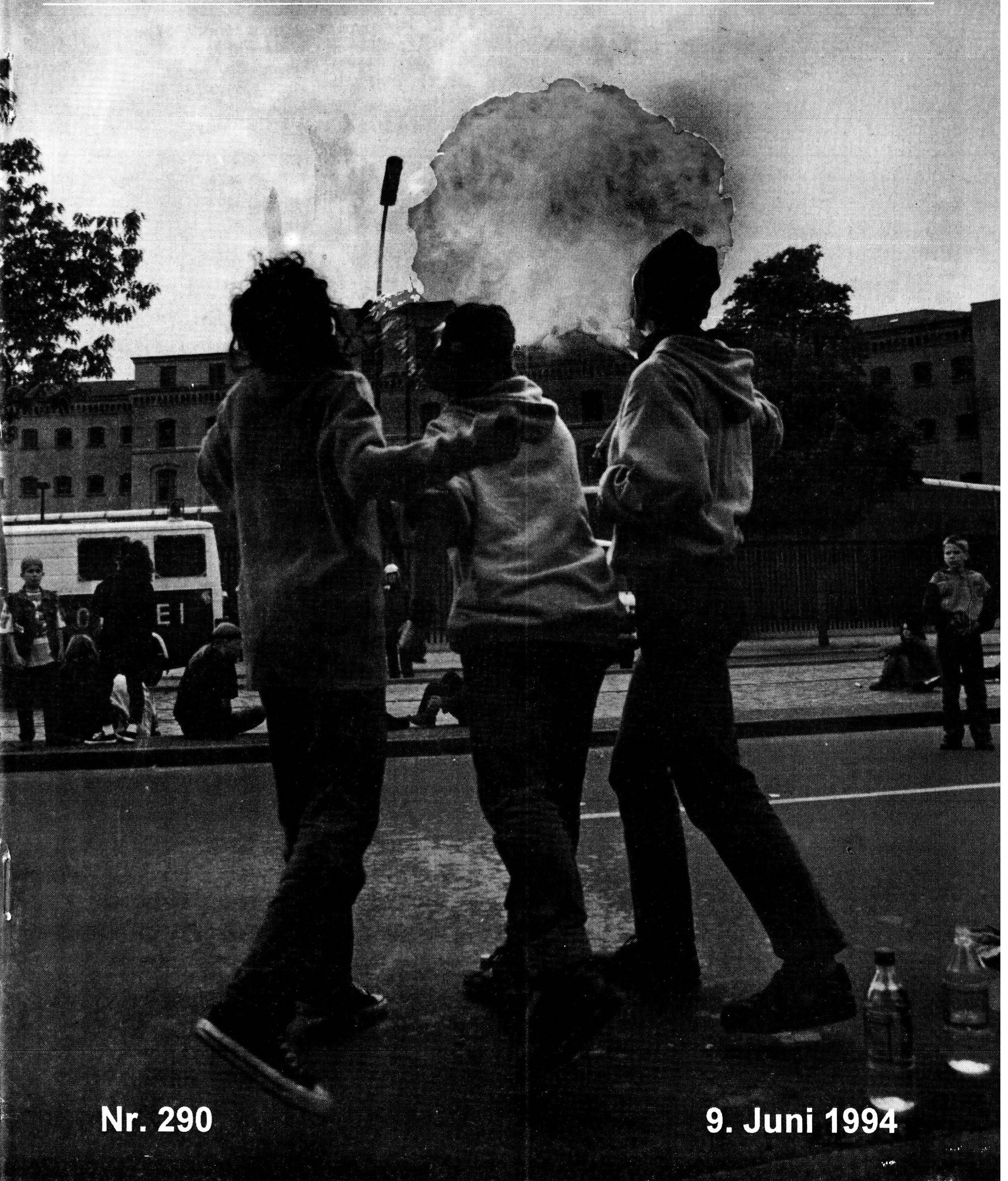
INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2⁵⁰ DM



Nr. 290

9. Juni 1994



Inhalt:

im Ordner gelandet sind:
- die Pressemappe zum Prozeß gegen Jürgen und Jens im Rhein-Main-Gebiet
  (war uns zu umfangreich;sollte interessieerte nicht davon abhalten sie sich abzuholen und weiterzuverteilen)
- von der ZAP warten wir auf Hintergrundinfos, warum die Unregierbaren/Autonome liste so Scheiße sein sollen
- die Infos von den Unregierbaren aus Wupprtal zu dem Einsatz von SEK-Bullen gegen eine Staatsschutztheatergruppe;waren z.T. im letzten Heft,bzw. die Vorlagen sind zu schlecht
-

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

SOLIDARITÄT MIT DEN BESETZTEN HÄUSERN MARCHSTRAẞE/EINSTEINUFER!!!

Wir, die UnterzeichnerInnen, solidarisieren uns mit den BewohnerInnen der Häuser und Bauwägen. Das besetzte Gelände an der Marchstraße in Berlin Charlottenburg ist ab 1.8.1994 räumungsbedroht. Wir rufen zu praktischer Unterstützung und massenhafter Beteiligung an der Demonstration am 10.6.1994 auf!

Nach einem jahrelangen Zivilprozeß vor dem Amts-und Landgericht fällte Richter Siegfried am 26.5.94 ein skandalöses Urteil. Die HvH GmbH & Co erhielt Räumungstitel gegen sieben BewohnerInnen des Einsteinufers 41. Es ist zu befürchten, daß die Spekulanten mit Hilfe des Innnensenats versuchen, die über 70 BesetzerInnen auf die Straße zu setzen und die Wohnhäuser abzureißen.
DAS NEHMEN WIR NICHT HIN !

Vor über 5 Jahren wurden die Häuser von Wohnungslosen besetzt. Damit verhinderten sie den Abriß billigen Wohnraums und den Neubau eines Bürokomplexes. Anfängliche Versprechungen von Senat und Bezirk, die Häuser instandzusetzen und ein studentisches Projekt zu realisieren, erwiesen sich als leere Phrasen. Während das "Problem" Marchstraße wie eine heiße Kartoffel von Stelle zu Stelle weitergereicht wurde, halfen die BewohnerInnen sich selbst. Sie konnten mehrere Räumungsversuche der Polizei abwehren und die Gebäude bewohnbar machen.
Das Gelände ist Lebensraum für über 70 Menschen aus vielen Ländern. Es ist wichtig für das politische Leben hier- als Stützpunkt für Initiativen, Fluchtburg im rassistischen Alltag oder einfach Wohnort für Menschen, die möglichst selbstbestimmt zusammen leben wollen.Durch Aktionen, Konzerte und andere Veranstaltungen steht es für Gegenkultur.

Berlin räumt auf. Mit dem Projekt "Reichshauptstadt 1999" steht eine gigantische Umstrukturierungswelle an. Wagenburgen, Jugendtreffs, Basisinitiativen- sollen weg. Die Verdrängung trifft Obdachlose, Trebejugendliche u.a. Menschen ohne Geld. Sie nutzt den Bonzen und Wohlstandsbürgern, die von einer konsumfreundlichen City träumen. Beim großen Saubermachen in der Innenstadt stört auch das Gelände an der Marchstraße, der "Schandfleck von Westberlin". Innensenator Heckelmann verspricht allen Spekulanten, die Probleme mit ihren BesetzerInnen haben, Polizeischutz.
DAGEGEN MÜSSEN WIR UNS WEHREN!

Kommt alle zur DEMONSTRATION GEGEN DIE RÄUMUNG
FR 10.6.1994 16Uhr U1/9 Bhf Spichernstraße
MARCHSTRAẞE/EINSTEINUFER/WAGENPLÄTZE BLEIBEN!

UnterzeichnerInnen bis 6. 6. :
Kreuzberg: Jesuiten-Gemeinschaft Kreuzberg, Hausgemeinschaft exbesetztes Haus Manteuffelstr. 90, Papiertiger Archiv, Anwaltsbüro im Mehringhof, EX - Kneipe im Mehringhof, Schwarze Risse Verlagsbuchhandlung, Umbruch-Bildarchiv, Agit-Druck, Hausgemeinschaft Yorck-str. 59, ANAL-Kneipenkollektiv, Rote Säge, Infos zu + gegen Knast, **Friedrichshain**: Volxküche Niederbarnimstr. 23, Hausgemeinschaft NB 23, Niederbarnimstraße Frauen/Lesbenhaus, SEK-Kneipenkollektiv, Besetztes Haus Scharnweberstraße, Cafe Anspiel,Kreutzigerstraße, Panzerknacker e.V.,Kreutzigerstr. 22, AJF Antifa-Jugend Friedrichs-hain, Supermolli-Kneipenkollektiv, jorwedeh Buchladen am Trave-platz, WBA Wir Bleiben Alle Friedrichshain, Volkssolidarität Frie-drichshain, Mach Mit e. Verein,Kreutzigerstr.19, Symbiose,Kinzig-str.9, Hinkelstein Druckkollektiv,**Charlottenburg**: Bündnis 90/Die Grünen(AL) Fraktion + Kreisverband Charlottenburg, Jungsozialisten Charlottenburg,**Moabit:** AIM Antifaschistische Initiative Moabit, Cafe Insel + einige Gäste, Anarchistischer Laden Moabit, Nachbar-schaftsladen Moabit e.V.,**Tiergarten:** Alleinerziehenden-Gruppe Tiergarten, AGIT e.V. Arbeitsgruppe Tiergarten, CFSS Club zur För-derung sozialökonomischer Studien, IFAKS Institut für angewandte kritische Sozialwissenschaften, SOPOLIT e.V. Sozialpolitische Ini-tiative Tiergarten, Bündnis 90/Die Grünen (AL) Tiergarten, **Prenzl`berg:** Hausgemeinschaft Brunnenstraße, Mädchen-WG Brunnenstraße, A.F.F.I. Antifaschistische Faninitiative, FC St. Pauli `Das zweite Bein muß mit` Fanclub Berlin, BAOBAB.
CLASH - Frauen/Lesben-Plenum, Cafe, Kneipe im **Wedding** .
ASTA TU, Internationalistische Liste, ZAK-West, Semtix, AK Kraak, Anti-Olympia-Komitee Berlin, ASTA FU, AG Schutzwachen, SSB e.V., Hausgemeinschaft Mansteinstraße, SYNDIKAT-Kneipenkollektiv, Neu-kölln, Initiative für die Diskussion mit den Gefangenen, Sektion Berlin, Kommunistische Plattform Westberlin i. d. PDS, PDS Basis-organisation Wilmersdorf/Zehlendorf, Willi Gettel, Sigrun Stein-born(MdA), Marion Seelig(MdA), Bettina Pech(MdA), Pe-tra Pau(MdA), Initiative gegen das Asylbewerberleistungsgesetz



Am 13.6.92 haben wir die Kindl-Festsäle besetzt! Damit wollten wir den Bau des geplanten **** Hotels auf dem angrenzenden Areal ver- bzw. behindern und die Festsäle als unabhängiges Kiezzentrum nutzen.
Wir wollten mit dem Kiezzentrum ausländischen, politischen und sozialen Initiativen Raum schaffen, den sie in Neukölln zu verlieren drohten. Als Beispiele seien hier genannt: der autonome Krümelladen, das Türkenzentrum, der 3.Welt-Laden, das griechische Jugendprojekt Filia und das Anti-Drogenprojekt Zeynom, die alle durch extreme Mietsteigerungen zum Schließen/Umziehen gezwungen waren. Wir wollten der Dampfwalze der Vertreibung solcher Projekte ein Zentrum des Lebens und der Bewegung entgegensetzen. Wir wollten Öffentlichkeit erreichen, damit die Menschen, die im Kiez wohnen, selbstbestimmen, ob und was hier passiert.
Die Kindlsäle waren hierfür sehr geeignet, da sie seit ihrer Erbauung 1894 ein traditionsreiches und historisches Kiezzentrum für die Neuköllner Bevölkerung darstellten. Die wechselseitige Geschichte der Kindlsäle endete 1989 mit der Aufgabe des letzten Pächters. Seit diesem Zeitpunkt standen sie leer. Anstatt die Säle mit dem dazugehörigen Areal den in ihrer Existenz bedrohten Projekten zur Verfügung zu stellen, wurden sie zum Spekulationsobjekt. Auf Initiative des Neuköllner Bezirksamtes kaufte die Münchner Spekulantenfirma Bauwert das gesamte Areal. Bauwert hatte sich bereits einen Namen als knallharter Luxusmodernisierer gemacht. Unter diesem Vorzeichen traten Bezirksamt und Bauwert mit dem Ziel an, dort ein **** Hotel und einen Bürokomplex zu errichten. Dieses Hotel ist in gigantische Umstrukturierungspläne eingebettet, die eine Umschichtung der Neuköllner Bevölkerung zur Folge haben. Die Planungen für den Büro- und Hotelkomplex sahen vor, in die denkmalgeschützten Kindl-Festsäle die anliegende Woolworth-Filiale einziehen zu lassen, auf deren Gelände wiederum das Hotel hochgezogen werden sollte.
Auch das war ein Grund die Kindlsäle zu besetzen, denn ohne den Umzug der Woolworth-Filiale mußte nach dem Stand der Planung das Hotel scheitern.
Umstrukturierung das ist nach wie vor das Zauberwort für die herrschenden Politiker und Stadtverplaner. Schmeichelhaft wird sie u.a. in den Begriff "Wohnumfeldverbesserung" gepackt. Gemeint ist, auch in Neukölln die Ansiedlung ergeiziger Großprojekte wie Einkaufszentren, Luxushotels und Bürokomplexe, aber auch alltägliche Vertreibung durch Luxusmodernisierungen. Denn was uns als Attraktivitätszuwachs des zukünftigen Innenstadtbezirks Neukölln verkauft werden soll, entpuppt sich als gezielte Vertreibung von Menschen aus Ihrem Kiez. Flaniert erstmal der gehobene Mittelstand vor teuren Geschäften ist für uns Schlechterverdienende kein Platz mehr. Kleingewerbe verschwinden aus dem Straßenbild und wir müssen uns nach Wohnungen in den Randbezirken umsehen.
Um das alles zu verhindern gründete sich im Dezember 1991 das Neuköllner Anti-Umstrukturierungsplenum (NAUP): Das NAUP verstand sich als offene unabhängige Initiative, die sich zum Ziel gesetzt hatte, die gewaltigen Umstrukturierungspläne der Neuköllner Altstadt zu verhindern. Es verstand sich als Forum, in dem nicht nur diskutiert wurde, sondern von dem auch Aktionen ausgehen sollten, um dem ganzen Umwälzungsprozeß etwas entgegenzusetzen.
So wurden neben diversen Flugblattaktionen und Kiezspaziergängen auch Kiezpalaver organisiert, wie das am 19.3.92, auf dem unter großer Beteiligung z.B. die Kindl-Festsäle als Kiez-Zentrum gefordert wurden. Diese Forderung fand auch Unterstützung durch einen offenen Bief an die Verantwortlichen, der von 30 Läden und Projekten unterschrieben wurde. Als weitere Aktion fand eine Demo gegen die Umstruturierungspläne und für die Schaffung eines Kiez-Zentrums Kindl-Festsäle am 21.5.92 statt. Am 13.6.92 wurden sie dann endlich für 4 Stunden bestzt. Die Besetzung stieß auf ein positives Echo bei den AnwohnerInnen.



Der Weg ins 21. Jahrhundert ist holprig aber nicht hoffnungslos

In Halle waren wir nur wenig Menschen aus einigen Städten - die Kongreßidee scheint noch keine größere Verbreitung gefunden zu haben. Die da waren, hatten Lust und Bedarf nach einer gemeinsamen Auseinandersetzung (die das Protokoll versucht darzustellen), die sich allerdings als schwierig herausstellte. Denn es zeigte sich, daß unsere Ansätze und Erfahrungen in unserer Theorie und Praxis sehr unterschiedlich sind, wir verschiedene Geschichten haben (im Westen und Osten die Jungen und Alten) und wir uns in unterschiedlichen Phasen der Bewegung befinden. Auf dem Treffen waren wir nicht in der Lage zu diesen unterschiedlichen Ansätzen und Realitäten gemeinsame Fragestellungen zu formulieren bzw. eine Struktur für einen Kongreß zu erarbeiten.
Es wurde deutlich, daß dies einer längeren Auseinandersetzung bedarf, in der wir "Autonome, Antifas ..." (und wie wir auch heißen) mit unseren unterschiedlichsten Facetten und Widersprüche anfangen miteinander zu reden, uns zuhören um auf einem Kongreß zu gemeinsamen Fragen zu kommen, über die wir streiten können.
Dieser vielleicht wesentlichste Teil des Kongresses muß in seiner Vorbereitung stattfinden. Das ist keine Vorbereitung die irgendwer für Andere leisten kann.
Wir rufen deshalb alle (wie ihr euch auch nennt) aufs schärfste auf in euren Städten und Regionen Diskussionen mit Hinblick auf einen Kongreß zu beginnen.
Wenn auch das Treffen in Halle in vielem sehr ernüchternd war, hielten die Meisten einen solchen Prozeß für notwendig und spannend.

Diskutiert Euch !!!
Veröffentlicht und verschickt eure Diskussionsbeiträge !!!

dazu braucht es Zeit, weshalb der Kongreß nicht im Oktober stattfinden wird, sondern im Winter o. Frühjahr.
Anfang September wird das nächste bundesweite Vorbereitungstreffen vielleicht in Kassel stattfinden, wo die bis dahin begonnenen Diskussionen erstmals zusammengetragen werden können.

Protokoll vom Kongress-Vorbereitungstreffen am 27./28.Mai in Halle

Das Treffen begann am Samstagmittag in der Haller Uni. Es waren ca. 45 Leute aus zehn verschiedenen Städten gekommen (siehe Adressenliste), Ost-West-Aufteilung: ca. 1/4:3/4. Frauen-Männer-Aufteilung: ca.1/5:4/5.

In einem ersten Durchgang wurde berichtet, welches Interesse es bisher in den verschiedenen Städten an dem Kongress gibt. Es zeigte sich, daß die Idee vielfach noch nicht so bekannt ist, die VertreterInnen der Städte aber teils verhaltenes, teils heftiges Interesse haben, die Kongressidee noch weiter zu verbreiten. Teilweise hat es schon Treffen oder Veröffentlichungen gegeben, teilweise ist was in der Richtung geplant. Nach meinem Eindruck ist das Diskussionsbedürfnis in den West-Städten tendentiell eher in Richtung Grundsatzfragen, in den Oststädten eher von praktischen Problemen (Halle, Magdeburg) gekennzeichnet. Entsprechend zeichneten sich die ersten Meinungsverschiedenheiten und Unklarheiten ab: Ist autonom-sein eine Organisationsform oder ein politischer Inhalt, und brauchen oder wollen wir diesen Begriff überhaupt für uns alle? Ist die "Krise der autonomen Bewegung" als Motiv für den Kongress nicht ein spezifisches West-Autonomen-Problem, und darin besonders eines der Alt-Autonomen der 81er-Generation?

Im folgenden versuchten wir BerlinerInnen, anhand des Papiers "Vorschlag für Halle" unseren bisherigen Diskussionsstand zum Thema Kongress-Struktur zu erläutern. Die anderen Ansätze dazu sollten in die Diskussion mit eingebracht werden; die Papiere dazu waren verteilt worden. Allerdings kam es nicht dazu: Die Diskussion kam nicht über den Punkt A hinaus: Ob von Auseinanderfallen einer Bewegung überhaupt die Rede sein kann, ob die Problematik, die sich durch Separierung von Frauen- und Männerzusammenhängen, von "Deutschen" und ImmigrantInnen ergibt, überhaupt ohne diese diskutiert werden kann, und wenn ja, dann wie; ob die Diskussionen nicht praktischer geführt werden müssen, und wenn ja, was das eigentlich heißt; ob wir jetzt nicht sowieso besser in AGs weiter diskutieren; was noch alles in der Aufzählung unter A fehlt; daß die Punktesammlung eigentlich ok ist als Rahmen für die unterschiedlichsten Praxiserfahrungen, aber das Motto "Auseinanderfallen..." ein zu einseitiges Licht darauf wirft und deshalb besser weggelassen werden sollte, daß andererseits die Diskussionen ohne zusammenfassendes Motto der Beliebigkeit anheimfallen, wir also deshalb passendere Mottos finden müssen. Unter den Schwierigkeiten, die sich in der Diskussion auftaten, war die zwischen (jungen)

OstlerInnen und (älteren) WestlerInnen besonders augenfällig: die Begrifflichkeiten und auch der ständige Bezug auf gemeinsame politische Geschichte, der aber von den anderen nicht nachvollzogen werden konnte, führte zu Verständigungsbarrieren.

Dann kam die (Nach-)Mittagspause, die sich wegen Abfütterungsschwierigkeiten auf fast zwei Stunden ausdehnte. Danach blieben noch anderthalb Stunden Zeit, um in der Uni im Plenum zu diskutieren. Abgefüllt, müde und genervt, wie wir waren, konnten wir die Fäden nicht wieder aufnehmen und produzierten nur noch Chaos: Die Weiterdiskussion über den Berliner Strukturvorschlag, die Diskussion darüber, was überhaupt unsere gemeinsamen Fragen sind, und die Diskussion darüber, wie wir jetzt diskutieren sollten, verwickelten sich derart, daß zum Schluß jedeR heftigst irgendeine Meinung vertrat, aber niemand mehr blickte, worum es gerade ging. Versuche aus Berlin, die Situation dadurch zu retten, daß jetzt über die möglichen Veranstaltungsformen für den Kongress geredet werden sollte, oder daß als Mottos für die Tage der schlichte Dreisprung: Gestern-Heute-Morgen angeboten wurde, scheiterten. Genervt gingen wir zur Kellnerstr. zurück, wo nach dem Abendessen versucht werden sollte, die Diskussion in kleineren AGs wieder aufzunehmen.

Es kam dann nur zu einer Arbeitsgruppe, an der etwa ein Drittel bis die Hälfte der TeilnehmerInnen des Treffens beteiligt waren. Die Stimmung war eine völlig andere: alle erzählten reihum, ohne den Druck von Ansprüchen oder einer vorgegebenen Kongress-Struktur, was ihre persönlichen Erwartungen an den Kongress sind. Stichworte: autonome Gegenkultur, Auseinandersetzung in einfacher Sprache, klären, warum jemand was wichtig findet; Austausch über Utopien, über Straßenpolitik, mit wem kann mensch in Zukunft noch was bewegen, wir als Teil eines weltweiten revolutionären Prozesses, Diskussion über den Triple-Oppr.-Ansatz, Kritik an Antifa-Arbeit, ist die autonome Bewegung Durchlauferhitzer?, untereinander Wärme in einer kalten Zeit finden, Haß auf die bürgerlichen Gesellschaftsstrukturen, Antifa-Recherche mit dem Ziel einer bessere Vernetzung, Berührungen und Brüche zwischen Ost und West, Autonomie als Kampfbegriff entwickeln, Männerpolitik und Zweifel daran, ob gemischter Kongress überhaupt geht.

Dann hatten die HallenserInnen (die das ganze Treffen unglaublich umsichtig und liebevoll organisiert hatten!) noch eine Videoprojektion vorbereitet, dessen Titel ich leider wieder vergessen habe - eine Chaos-Story rund um die "Goldenen Zitronen" (K aus B: "Punk in Filmform"), in der ein durchbohrtes Pfennigstück als Geheimausweis eine gewisse Rolle spielte. Genau so einen Pfennig hatten wir als TeilnehmerInnen des Vorbereitungstreffens auch gekriegt.

Am Sonntagvormittag saß sich ein Kreis von desillusionierten, aber hoffnungsvollen und im Prinzip immer noch kongress-willigen Leuten gegenüber. Es war klar, daß wir irgendwie noch mal ganz von vorn anfangen müssen, daß der Kongresstermin erstmal noch weiter nach hinten geschoben werden muß: in den Winter oder ins nächste Frühjahr (die Terminkollision mit der Bremer Mobilisierung war dementsprechend auch kein Thema mehr) und daß es wohl noch mehrere bundesweite Vorbereitungstreffen wird geben müssen. Es wurde deutlich, ob wir's wollen oder nicht: der Kongress findet über weite Strecken in seiner eigenen Vorbereitung statt, denn das, was der Gegenstand der Diskussionen auf dem Kongress sein soll, ist gleichzeitig die Bedingung dafür, daß er überhaupt zustande kommt.

Die Runde vom Vorabend wurde fortgesetzt mit denen, die nicht dabei gewesen waren. Stichworte: Keine Lust auf Leute, die alles klarhaben; die Ansprüche kleiner hängen; versuchen, die Gemeinsamkeiten zu benennen; mehr auf regionaler/lokaler Ebene den Kongress vorbereiten; unsere eigene verändernde Kraft wiederentdecken um nicht dem selbst fabrizierten Mythos von den "Autonomen" aufzusitzen; Militanz neu bestimmen; Rückbesinnung auf die politische Idee, die uns treibt, uns "undogmatisch" zu organisieren; wie aus dem Widerstandshandeln heraus kommen?; Brücke zwischen Jüngeren und Älteren aufbauen; eigene Männerstruktur, Männerschlafräume und -Café auf dem Kongress wichtig.

An der Stelle zogen wir Frauen (es waren noch sechs!) raus, um die merkwürdige Situation zu diskutieren, daß in einer patriarchal beherrschten Gesellschaft und einer völlig Männer dominierten Kongressvorbereitung die Wichtigkeit exklusiver Männerstrukturen ständig betont wird, während die Frauen mangels Masse gar keine Chance haben, sich als Frauen darin zu organisieren. Fünf von den sechs Frauen stieß es sauer auf, daß von den Männern so wenig rüberkam, daß ihnen die **gemeinsame** (gemischte) Diskussion überhaupt wichtig ist, während eine Frau die starke Betonung der eigenständigen Männerorganisation auf dem Kongress, die vor allem von Hamburger Männern ausging, nicht nur richtig fand, sondern auch als eine Voraussetzung für ihre Beteiligung an den Kongress ansah.

Wir haben dann unseren Standpunkt dargestellt: daß **wir** uns trotz aller Vorbehalte und Schwierigkeiten dafür entschieden hatten, den Kongress als etwas gemeinsames (Frauen-Männer, Ost-West, Jung-Alt) mit anzuschieben, daß wir versuchen wollen, auch andere Frauen(-Zusammenhänge) dafür zu gewinnen,

sich an dem Kongress zu beteiligen, daß wir es dann natürlich auch toll fänden, unsere eigene Struktur darin organisieren zu können, da wo die gemeinsame Diskussion sinnlos oder unmöglich ist, und daß wir aber von den Männern auch erwarten, sich mit ihrer Neuer-Mann-Identität nicht so demonstrativ aus dem Fenster zu lehnen und stattdessen mit die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der Kongress als gemischter stattfinden kann (was ja auch ein Anliegen der Hamburger Männer war, nur eben ziemlich schräg rübergekommen ist). Die meisten Männer haben daraufhin betont, daß sie großes Interesse an der gemeinsamen Diskussion haben und es nicht ihre Absicht war, sich mit der eigenständigen Männer-Struktur demonstrativ abzugrenzen und ins rechte Licht zu rücken.

Ein Mann und eine Frau aus Hamburg haben allerdings erklärt, daß sie sich aufgrund der Kritik und der Art der Reaktion darauf nun eine Beteiligung an dem Kongress nicht mehr vorstellen können.

In der abschließenden Runde wurde von mehreren SprecherInnen betont, daß die aufgebrochenen Konflikte während der anderthalb Tage doch insgesamt als produktiv empfunden wurden, daß es in den Städten Aktivitäten zu dem Kongress geben soll, wo neue Kongress-Struktur-Vorschläge erarbeitet werden sollen, die dann über Berlin ausgetauscht werden sollen. Die Vertreter aus den Ost-Städten wollen versuchen, ein eigenes Ost-Vorbereitungstreffen zu machen, initiativ darin sind die HallenserInnen. Die Gruppe SPUK aus Berlin, deren Papier (so wie einige andere auch) überhaupt nicht diskutiert wurde, will am 2. Juli im Mehringhof in Berlin-Kreuzberg ein Jugend-Vorbereitungstreffen machen. Die VertreterInnen aus Essen machen in der nächsten Woche ein Vorbereitungstreffen fürs Ruhrgebiet. Die Kasseler wollen unter sich klären, ob sie das nächste gemeinsame Vorbereitungstreffen im September in Kassel organisieren können. Die Einladungen dazu, sowie alles an Papieren, wird über Berlin weiterverschickt. Damit alle Beteiligten/Interessierten auch direkt Kontakt zueinander aufnehmen können, fügen wir im Anhang die Kontaktadressen der Gruppen, die in Halle vertreten waren, an.

Als Arbeitstitel wurde bis auf weiteres der Titel **"Autonomie-Kongress (der undogmatischen linksradikalen Bewegungen)"** akzeptiert.

Autonomes Zentrum
Hinter der schönen Aussicht 11
60311 Frankfurt

Kongress-Gruppe
Infoladen
Gerberstr. 1
99423 Weimar

Männer-Cafe
im Café Fr. Döse
Bartelsstr. 10
20357 Hamburg

SPUK
Potsdamerstr. 180
10783 Berlin

Kongreß-Ini
c/o Rote Flora
Schulterblatt 71
20359 Hamburg

EU-Gruppe + Antifa-Cafe
c/o Apo-Haus
Mülheimer Str. 68
45145 Essen

Anti-Rassismus Gruppe
im Infobüro
c/o Bücherkiste
Schlehengasse 6
90448 Nürnberg

AStA-Fachhochschule
z.Hdn. Silvia
Kleiststr. 10
60318 Frankfurt

Metropolis-Archiv
Leipziger Str. 60
14473 Potsdam

Infoladen Potsdam
Lindenallee 53
14467 Potsdam

Antifa-Öffentlichkeitsgruppe
c/o Kellnerstr.
Kellnerstr. 10a
06108 Halle

Eine Kongress-Gruppe
c/ Infoladen Bazille
Sickingenstr. 10
34117 Kassel

An alle, die diese *alte* Welt, noch *jung* verändern wollen

Autonomie **oder wie sonst ?**

- Politik in der ersten Person - sich klarmachen als wer mensch handelt
- Ein Staat kann höchstens unabhängig, aber nie autonom sein
- Die Partei hat niemals recht
- Den eigenen Standpunkt vertreten
- Trotzdem versuchen, alle Formen von Unterdrückung gleichwertig zu bekämpfen

Autonome **oder was sonst ?**

Wie ihr vielleicht schon gehört habt, soll im Oktober (voraussichtlich am 1.,2. und 3.) in Berlin ein bundesweiter Kongreß stattfinden, der bisher unter dem Motto "Autonome auf den Weg ins 21. Jahrhundert / GrundRisse autonomer Politik" steht. Hierzu trifft sich einerseits seit einiger Zeit mindestens eine Berliner Vorbereitungsgruppe (über andere wissen wir nichts) und andererseits sind verschiedene Papiere in der Interim ab Nr. 273 veröffentlicht worden. Wir als bisher einzige daran beteiligte Jugendgruppe haben nach anfänglichen Diskussionsschwierigkeiten nun doch eine erhebliche Kritik am bisherigen

bla *bla* bla BLA bla ***bla*** bla bla *bla* bla BLA bla *bla* **bla** bla bLa *bla* bla bla blA *bla* bla.

Denn mit den bisher formulierten Grundvoraussetzungen für den Kongreß ist die Beteiligung von uns weder möglich noch erwünscht:

1. Wir haben nicht wie die Alten "die Erfahrungen und Analysen der autonomen Bewegung der letzten Jahre diskutiert" bzw. erlebt und könnten daher nicht davon ausgehend "über mögliche neue Wege und Kampfformen reden" (aus der beiliegenden "Einladung zum bundesweiten Kongreßvorbereitungstreffen" - EzbKvt). Wir wären nach diesem Konzept total überflüssig bzw. würden höchstens als ZuhörerInnen am Kongreß teilnehmen; so wie es bisher leider auch beim Vorbereitungstreffen der Fall ist. Insgesamt sehen wir darin eine Abwertung von Widerstandsformen, die nicht auf "autonomer" Geschichte (die es angeblich schon seit 1980 geben soll), sondern auf "persönlicher" Geschichte beruhen. Hinter diesen verschiedenen Ansichten, die beide auf dem Kongreß ihren Platz haben sollten, liegt unserer Meinung nach auch der Grund, warum viele von uns sich "Antifas" und nicht "Autonome" nennen. Trotzdem denken und hoffen wir, daß die meisten Jung-"Antifas" sich nicht nur auf Faschos und Bullen beziehen, sondern auch an anderen Politikfeldern bzw. an Selbstveränderung Interesse haben, sprich "auf der Suche nach einer revolutionären Utopie und Praxis" (EzbKvt) für Gesellschaft und Alltag sind. **Gründe genug(?) sich auch als "Antifa" an der Vorbereitung zum "Autonomen Kongreß" zu beteiligen.** ...Wären da nicht unsere Probleme mit der bisherigen Kongreßvorbereitung.



2. Der "Generationen-konflikt" ist in der Vorbereitung, obwohl er auch dort real auftritt, kaum zur Sprache gekommen. Wir verstehen darunter, daß auf dem Vorbereitungstreffen zu 99% nur Alte sitzen, während sich im politischen Alltag vorwiegend Jüngere bewegen. Wir verstehen darunter, daß die Kommunikation zwischen jung und alt erheblich durch die Fremdwörter- und Gelehrtensprache der Alten zerstört wird. Wir verstehen darunter, daß Alte selten bewußt mit dem "natürlichen" Wissensunterschied von jung und alt umgehen. ... So entsteht ein Klima von Leistungsdruck, in dem viele von uns sich nicht trauen, z.B. eine Arbeitsgruppe beim Kongreß vorzubereiten. Doch auch hier ist unsere Kritik grundlegender, da wir darin sehen, daß die Alten ihre Form Politik zu machen als einzig wirkungsvolle und uns als Vorstadium dahin betrachten. Dies ist für uns eine exakte Kopie der bürgerlichen Norm von Volljährigkeit gleich Vollwertigkeit.

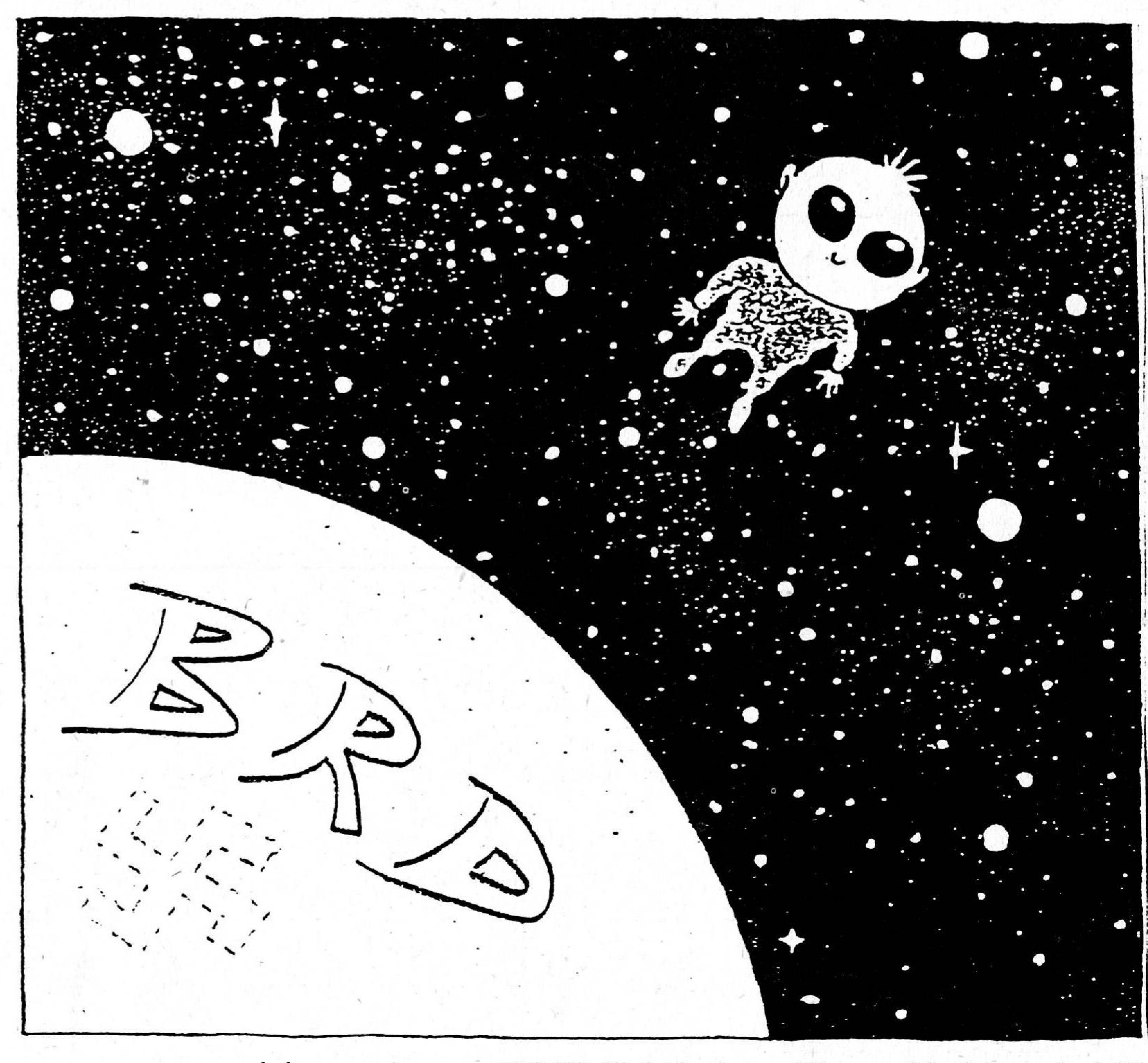
Erwachsen werden ist für uns kein Fortschritt !!!

Zusammengefaßt haben wir daher keine Lust, dem autonomen Kongreß nur als Mobilisierungsmasse zu dienen. Vielmehr wollen und müssen wir ab jetzt unsere Formen und Inhalte einfordern; einerseits gegenüber den Alten, andererseits aber auch von uns selbst. Unsere bisherige Vorstellung wäre dabei, daß beim Kongreß eine (zeitweilige) räumliche Trennung von den Alten stattfindet. Deswegen wollen wir mit diesem Papier eine getrennte Vorbereitung beginnen. Um diesen Raum bzw. die Vorbereitung mit dem Leben und den Dingen zu füllen, die wir richtig und wichtig finden, müssen sich aber noch mehr Gruppen oder Einzelpersonen daran beteiligen, da unser Grüppchen dazu alleine nicht in der Lage wäre und wir bei ausbleibendem Interesse diese Idee dann auch schnell begraben würden.
Wir freuen uns darauf, mit Leuten, die aus sich heraus Politik machen und noch nicht die Wahrheit mit Löffeln gefressen haben, unsere Formen von Widerstand zu leben und zu diskutieren. Auch wenn ihr jetzt dazu noch keine konkreten Vorstellungen habt, kommt doch einfach zum ersten Vorbereitungstreffen oder meldet euch bei uns schriftlich (wichtig, damit wir wissen wieviel Interesse es gibt). Wir denken, daß zu diesem Treffen außer den BerlinerInnen höchstens noch Leute aus Brandenburg kommen können. Da es aber unser Ziel ist, sich bundesweit auf den Kongreß vorzubereiten, hoffen wir auf viel Post aus entfernteren Gebieten (falls trotzdem jemand anreisen will und einen Pennplatz braucht, meldet euch bitte bei uns).

Erstes jugendliches Kongreßvorbereitungstreffen am 2.Juli um 15.00 Uhr im Blauen Salon im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin.

SPUK

Potsdamer Str. 180
10783 Berlin



einige wenige von SPUK (SchülerInnen Plenum Undogmatisch Kreativ)

Bitte kopieren und an andere Jugendgruppen weitergeben.

PALI PLEIPT, trotz Schlägertrupp!

Zum Thema: »Organisiertes Verbrechen« und »Innere Sicherheit«

Firma Thomas Giese: Die Randalierer am Werk

Die BewohnerInnen des besetzten Hauses Palisadenstraße 49 wurden am Montag, den 6. 6. 1994, gegen 7.30 Uhr durch Beben und Hämmern unsanft geweckt. Ein Bautrupp von ca. 20 Arbeitern zerstörte die Eingangstür und durchbrach an zwei Stellen die Hauswand. Durch sofortiges entschlossenes Auftreten konnten die Randalierer zum blitzartigen Verlassen des Gebäudes veranlaßt werden.

ZeugInnenaussagen bestätigten den BewohnerInnen im Nachhinein, daß Möchtegern-Eigentümer Peter Hellmich, wohnhaft Landsberger Allee 22, Berlin Friedrichshain, gegen 7.10 Uhr angekündigt hatte, er werde »das Haus jetzt sanieren lassen«. Die Randale-Chaoten der Baufirma Thomas Giese, *»Abriß und Abfuhr, Handarbeit«*, Heiligenseestr. 158, Berlin 27, waren, wie immer, wenn die Auftraggeber über genügend Kohle verfügen, mafiös strukturiert. Vorgefahren waren sie mit uralten Firmenwagen, deren Beschriftung sie vorher überklebt hatten.

Kaum mußten sie die Flucht ergreifen, eilten ihnen auch schon die Kollegen von der »Inneren Sicherheit« mit zwei Wannen und einem Sixpack zu Hilfe. Sofort wurden wahllos BewohnerInnen der Körperverletzung beschuldigt, obwohl keiner der Reisechaoten Verletzungen davongetragen hatte. Die Staatsterroristen verlangten von zwei der BewohnerInnen *»stellvertretend«* für alle die Personalien mit der Drohung, ansonsten in das Haus einzudringen.

Der Einsatzleiter wußte genau über den bisherigen Ablauf der von Hellmich verweigerten Verhandlungen bescheid und rechtfertigte vor ZeugInnen sogar dessen Vorgehen. Natürlich seien die BewohnerInnen nicht genügend verhandlungsbereit gewesen. Und das, obwohl Hellmichs Verhandlungsbereitschaft sich bisher auf einen durch seinen Anwalt gesetzten Räumungstermin für die BewohnerInnen beschränkt.

Möchtegern-Eigentümer Hellmich beobachtete den »Einsatz« seiner Lieben mit sichtlichem Wohlwollen aus einiger Entfernung.

Er hat offenbar aus den Vorkommnissen der letzten Zeit gelernt (Schlägertrupp gegen die Rigaer Straße 80, gegen die Pfarrstraße etc.). Solche, von der Staatsgewalt nach Möglichkeit gedeckten Methoden, werden bei Spekulanten nun auch in Berlin immer beliebter.

Ob es mit Hilfe der neuen CDU-Gesetzgebung wohl gelingen wird, diesem brutalen Mafia-Boss das Handwerk zu legen? Wohl kaum. Denn das organisierte Verbrechen des Peter Hellmich wird, wo es nicht in der Gesetzgebung verankert werden kann, durch die Büttel der Staatsgewalt gedeckt, die sichtbar an keiner Form der Spurensicherung gegen die Randalierer interessiert waren. Aber das werden sie im Nachhinein schon hinbiegen. Da werden die »Zeugen« noch bei der Aussage beraten etc. pp.!

Auftraggeber: Peter Hellmich

KEIN METER FÜR PETER !!!

Die Palisadenstraße 49 feiert am 1. Juli 1994 die absolute »Pali Pleipt Party«.
Hoffentlich feiert Ihr alle mit!



"East- Side" Minus 120

Wie praktisch - Hinter der Mauer siehts kein Mensch!

Die Sozialarbeiterin ist zufrieden, der Investor ebenso, den Ex-WaldebewohnerInnen (Wagenburg Waldemarstraße/Engelbecken) bleibt wohl nichts anderes übrig:

Am 1.September 1994 soll Baubeginn für Dienstleistung und rauschenden Konsum am Stralauer Platz (zwischen Hauptbahnhof und Spree) sein. Für die "Baulogistik" sollen im August 1994 die ersten 120 Meter der benachbarten "East-Side"-Wagenburg geräumt werden.

"Zufälligerweise" genau der Teil, wo sich die meisten Ex-WaldebewohnerInnen nach der Räumung im Oktober 1993 (Wir berichteten) niedergelassen haben. Jedes Jahr das Gleiche? Vielleicht nicht ganz - ist es doch ein "nur etwas zusammenrücken". Aber wann ist dann kein Platz mehr zum Zusammendrücken? Und wohin dann? Ins Ghetto am Stadtrand? Mal sehen... Noch ist die Stadt nicht endgültig investorenfreundlich und hauptstadtgerecht...

Waldemar von der Spree

Mitteilung zu verdeckten ErmittlerInnen in der Szene

Unser Aufforderung an Leute, die mit Ilka Drinhaus und Christine Schindke zu tun hatten, sich bei uns zu melden, oder ihr Wissen anderweitig öffentlich zu machen, sind inzwischen einige gefolgt. Wenn auch weiterhin einiges unklar bleibt, veröffentlichen wir unseren bisherigen Informationsstand.

Zu **Ilka Drinhaus** : Ilka Drinhaus ist Ende 1989/Anfang 1990 mit Christine Schindke zusammen im EX aufgetaucht. Die beiden kannten sich und haben sich an Stammtischgesprächen (meistens Montags und Donnerstags) beteiligt und haben sich zum Teil die Infotafel abgeschrieben. Während sich Christine Schindke seit 1992 an Gruppen beteiligte (vgl. unseren Bericht in der Interim 278), ist dies von Ilka Drinhaus nicht bekannt. Soweit wir bisher wissen, beschränkte sich ihre Tätigkeit auf den mehr oder weniger regelmäßigen Besuch des Stammtischs im EX, der Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen und Demos. Einzige Ausnahme bildet die schon im Zusammenhang Christine Schindke beschriebene Situation während des Konvois nach Wunsiedel: die erwähnte "Freundin" im folgenden Wagen mit Funktelefon, in den anschließend die Konvoi-Leitung umstieg, war Ilka Drinhaus. Versuche ihrerseits in Gruppenzusammenhänge zu kommen, sind uns nicht bekannt. Laut eigener Aussage gegenüber Leuten vom Stammtisch arbeitete sie als Krankenpflegerin im Rudolf-Virchow-Krankenhaus im Wedding, wohnte sie im Wedding und hat sich öfters in Weddinger Szenekneipen rumgetrieben. Letzteres hat sich bei Nachfragen bei Leuten aus'm Wedding nicht bestätigt. Ihre Behauptung, im Wedding zu wohnen, widerspricht dem in der Interim angegebenen Beginn der Postleitzahl. Es sind uns keine Leute bekannt, die bei ihr in der Wohnung waren. Soweit wir wissen, ist Ilka Drinhaus seit der Enttarnung von Christine Schindke nicht mehr gesehen worden.
Es gibt für uns einige Gründe, davon auszugehen, daß sie eine Kollegin von Christine Schindke ist:
1. ihr gemeinsames Auftauchen mit Christine Schindke als Freundin beim Stammtisch im EX;
2. ihr spurloses Verschwinden seit der Enttarnung von Christine Schindke;
3. der Austausch des Kennzeichens ihres Autos kurz nach der Enttarnung von Christine Schindke (diese Information ihrer EnttarnerInnen haben wir allerdings nicht überprüft).
4. Uns ist bisher keine einizge Aussage von Leuten bekannt, die der Veröffentlichung in der Interim widerspricht.
Zugegebenermaßen sind dies alles keine Beweise im strengen Sinne, jedoch als Indizien schwerwiegend genug, um die Geschichte öffentlich zu machen.
Soweit die eher dürftigen Informationen zu Ilka Drinhaus.

Nach uns vorliegenden Aussagen waren jedoch Christine und Ilka nicht nur zu zweit tätig. Es handelt sich dabei um zwei Männer, die als Freunde von Ilka beim Stammtisch im EX eingeführt wurden und aufgetreten sind. Einer der beiden ist drei Wochen nach der Enttarnung von Christine Schindke mit einem "Freund" im EX aufgetaucht und hat gegenüber zwei Menschen vom Stammtisch gesagt, daß er, der andere, Jlka und Christine als verdeckte ErmittlerInnen des MEK in der linken Szene gearbeitet haben. Einer Person hat er seine Dienstmarke gezeigt. Die Motivation dieses Auftritts ist bisher völlig unklar und eine öffentliche Spekulation darüber halten wir für wenig hilfreich.
Um etwas mehr Licht in dieses Dunkel zu bringen, benötigen wir mehr Informationen, weshalb wir unser spärliches Wissen über diese beiden Männer öffentlich preisgeben - in der Hoffnung, daß sich Menschen, die etwas mit diesen zu tun hatten, bei uns melden.

1. Borke (Andreas): Er ist ca. 1,86 m groß und schlank, hat dunkelblonde bis braune, etwas schüttere Haare und ist etwa 28 Jahre alt. Er ist 1990 als Freund von Ilka am Stammtisch aufgetaucht. Angeblich hat er mit Ilka zusammen im Wedding gewohnt und behauptete als Dachdecker in Celle gearbeitet zu haben. In Berlin will er arbeitslos gewesen sein und von Arbeitslosenhilfe und Gelegenheitsjobs gelebt haben. Vermutlich hat er sich außer im EX auch öfter in Ostberliner BesetzerInnen-Kneipen rumgetrieben. Er ist auch auf verschiedenen VV's, Veranstaltungen und Demo's gesehen worden.

2. Funny (oder Pfanni): Er ist ca. 1,70 m groß und schmal, hat dunkelblonde, lockige Haare, die er etwa schulterlang (vorne kürzer als hinten) trug und ist etwa 28 - 30 Jahre alt. Nachdem sich Ilka und Borke angeblich getrennt haben und Borke bei Ilka ausgezogen war, tauchte Funny als der neue Freund von Ilka so etwa Oktober/November 1993 am Stammtisch im EX auf. Sie behaupteten, daß sie sich auf der Arbeit im Rudolf-Virchow-Krankenhaus kennengelernt haben, und Funny inzwischen bei Ilka eingezogen sei.

Wie bereits gesagt, ist unser Wissen in dieser ganzen Angelegenheit ziemlich dürftig. Wir bitten daher nochmals alle Leute, die etwas von den Vieren mitbekommen haben, uns dies mitzuteilen, auch wenn sie ihr Wissen als nicht so wichtig empfinden. Wir werden uns weiterhin um eine Aufklärung dieser Geschichte bemühen.

Juni 1994, Ermittlungsausschuß im Mehringhof, Di. 20°° - 22°°, 692 22 22

betrifft: **Thesen zu Flüchtlingen und Illegalität**

Positionen einer Gruppe aus der Flüchtlingshilfe und -zusammenarbeit

Als Gruppe arbeiten wir seit geraumer Zeit in der Flüchtlingshilfe und Asylpolitik. Um es gleich vorwegzunehmen, lieber Calvin & Hobbes, wir gehören weder zu links-liberalen noch zu kirchlichen Kreisen, sondern arbeiten und bewegen uns innerhalb der autonomen "Szene" unserer Stadt und in der Region. Wir fanden den Hinweis in deinen Thesen, die Einzelfallhilfe, die angeblich keine politische Perspektive habe, den linksliberalen und kirchlichen Gruppen zu überlassen, da dies ihnen näher läge, äußerst arrogant. Der nachfolgende Satz: "Fraglich ist nur, ob diese weiterhin in diesem Bereich tätig sein werden" ist politisch verantwortungslos. Im Streit ums Kirchenasyl müssen wir nun wirklich nicht, uns plötzlich auf Kanthers Seite schlagen!
Wir sind auch nicht sicher, ob deine Einschätzung für die westliche BRD pauschal zutrifft. Im Osten jedenfalls haben wir ganz andere Bedingungen. Hier gibt es kaum kompetente und kooperative AnwältInnen, die eine rechtliche Betreuung von Flüchtlingen gewährleisten würden und könnten. Dieser Mangel an präsenten AnwältInnen, der letztlich darauf zurückzuführen ist, daß es in der DDR kein Asylgesetz gab, zwingt uns gerade dazu, auf diesem Gebiet tätig zu sein. Derzeit besteht unsere Hauptbeschäftigung in rechtlicher Beratung und Betreuung von Flüchtlingen, was für uns als Laien und junge Menschen fachlich und psychisch sehr belastend ist. Hinzukommt, daß bei uns legale oder illegale MigrantInnenstrukturen, die neuankommende Flüchtlinge aus den derzeit wichtigsten Herkunftsländern (Jugoslavien, Türkei, Bosnien- Herzegowina, Afghanistan) auffangen könnten, kaum vorhanden sind. Deshalb gelten wir als Ansprechpartnerin für Flüchtlinge, die im Westen nicht auf die Idee kommen würden, eine "weiße" antirassistische oder Flüchtlingshilfsgruppe aufzusuchen. Wir wollen es uns auch nicht leisten, vor einer "Drittstaatenregelung" zu kapitulieren.

Einzelfallbetreuung sein zu lassen, weil in der Hilfe für eine/einen einzelne/einzelnen keine "politische Perspektive", keine revolutionäre Perspektive läge, halten wir aus ganz moralischen Gesichtspunkten für nicht akzeptabel. Wo die Grenzen von Einzelfallbetreuung liegen, wissen wir als antiimperialistische Gruppe selber. Aber in euren Thesen und in den Anmerkungen kam zum Thema "Fluchtursachen bekämpfen" auch nicht viel mehr als Visionen gegenwärtiger und künftiger eigener Betroffenheit durch antisoziale, restriktive Staatspolitik sowie die Einsicht in die Notwendigkeit, mit jetzt schon Betroffenen(d.h. aus dem BSHG Gefallenen, mit diskriminierenden Sondergesetzen in die Isolation Getriebenen und zu Treibenen bzw. "rechtliche" Grundlagen zu schaffen, um erst gar niemand mehr "hinein"lassen zu müssen) enger zusammenzuwirken.

Die Destabilisierung und Bekämpfung der imperialistischen Metropolen von innen ist allerdings ein Problem, zu dem es so viele Thesen, Konzeptionen und Diskussionen gibt, daß der schlichte Verweis darauf in euren Artikeln womöglich den Rahmen selbiger hätte sprengen können. Genauso problematisch wäre ein sachter Verweis auf das schwierige und leidige



Thema "Entwicklungspolitik" gewesen. Oder etwa die derzeit durch die streitbare PKK mal wieder aufgefrischte Diskussion um nationale und national- revolutionäre Befreiungsbewegungen. Aber genau diese drei sind die Fragen, die mit eurer "politischen Perspektive" zu tun haben, über die ihr doch hättet reden sollen, wenn ihr schon rechtliche und soziale Unterstützung von Flüchtlingen als für euch nicht praktisch relevant an Dritte weiterdelegiert!

Hinsichtlich der eben angeführten Problemfragen halten wir eine Einzelfallbetreuung nicht für politisch perspektivlos. Die Frage ist dabei nur, ob die Gruppe, die sich in der Asylarbeit engagiert, einen politischen Anspruch hat oder nicht. Wenn sie den hat, setzt sie gezwungenermaßen Prioritäten in der Arbeit.
Einzelfallhilfe hat zumindest eine politische Perspektive: selbst daran zu wachsen! Diese Auffassung beruht wahrscheinlich auf einer ganz anderen Voraussetzung, als ihr sie euren Thesen zugrunde gelegt zu haben scheint: wir betrachten Flüchtlingsarbeit nicht als samaritanische "Aufopferung", sondern versuchen fair und aufgeschlossen mit Flüchtlingen umzugehen. Berichte, Gespräche und das Zusammensein mit Flüchtlingen, letztlich längere oder kürzere Aufenthalte in Herkunftsländern können eine gute politsche und ethische Schulung seien. Vielleicht sollte zumindest allen LeserInnen dieser Zeitung ein Auslandsaufenthalt in einem Krisen-/ Kriegsgebiet zur Pflicht gemacht werden. So etwas schärft den Blick für die Abgründe, in denen wir uns zum Teil bewegen und dabei noch ein gutes Gewissen haben.
Eine andere politische Perspektive, die zumindest für uns im Osten gilt, ist, hier politische und MigrantInnenstrukturen bei ihrer Entstehung zu befördern.

Wie politisch kann Flüchtlingshilfe sein?

Natürlich fänden wir es sinnvoll, die Grenzen unsicher zu machen, und die Festungsmauern zu unterlaufen oder zu sprengen. Hier gibt es übrigens ein fast noch leeres Aktionsfeld, das um so notwendiger wird, je mehr Flüchtlinge und Schlepper sich einem zunehmenden BGS- Terror gegenübersehen. Und sicher wäre das effektiver, als zu warten, bis ein paar Flüchtlinge von den ZASTen und EAEs, zu denen wir schlecht Zutritt haben, weiterverteilt werden.
Aber wie oben erwähnt, gibt es auch hier aktuell notwendigen Handlungsbedarf. Und dabei haben wir mit Widersprüchen fertigzuwerden, die bislang kaum jemand öffentlich zu diskutieren wagt.

Grundsätzlich scheint für die Migrantionsbewegung Richtung Europa zu gelten, daß sich vorallem (männliche)"Eliten" auf den Weg machen(können). Wir finden den Begriff Elite problematisch und denken, daß hier noch tiefere Überlegungen und Untersuchungen notwendig wären. Das grós einer weltweiten Migration registrieren wir hier ohnehin kaum.
Der Umgang mit solchen "Eliten" aber ist in ganz praktischen Fragen rund ums Asyl oft problematisch. Welche/r einmal zu den besser situierteren Kreisen in einer Gesellschaft gehörte, erträgt die Enge und Erniedrigung von Lagern und Asylheimen am wenigsten. Was nun beim Protest gegen soziale

und politische Erniedrigung das Protestpotential ist, können wir aufgrund der sozial-ökonomischen, politischen, ethnischen und religiösen Inhomogenität innerhalb der "Gruppe" Flüchtlinge und aufgrund von sehr unterschiedlichen Erfahrungen nicht genau festzustellen.

Natürlich haben wir für uns entschieden, daß es Flüchtlinge gibt, die in unserem Büro nichts zu suchen haben, gibt es Fälle, die wir ebenfalls zu Dritten, gegebenenfalls amnesty international oder andere Flüchtlingsberatungsstellen schicken. Bei Fällen, die mit unserer politischen Überzeugung in keiner Weise zu vereinbaren sind, ist es relativ unkompliziert. Da sehen wir uns nicht nur in Bezug auf dieses bundesdeutsche System, dessen repressive Gesetze wir ablehnen, sondern müssen uns als "staatenlose" Linke positionieren. Natürlich ist die Konzeption fraglich, da wir uns immerhin moralisch erheben, obgleich erstens, wir immer noch innerhalb dieser BRD- Gesellschaft leben und hier ausreichend Privilegien und Nischen nutzen, zweitens aber, wir uns in einer globalen Auseinandersetzung um kapitalistische Profite und politische Macht befinden. Aus dieser Fraglichkeit heraus haben wir bis jetzt auch noch niemanden versucht haben, ernsthaft zu schaden, der uns sagte, daß er vor 1979 beim iranischen SAVAK gewesen wäre, im Irak als Rüstungsexperte gearbeitet habe, unter Mengistu Haile Marijam Jugendliche für die Armee zwangsrekrutiert habe usw. usf. Das nennt sich Komromiß.

Etwas komplizierter wird es für uns, wenn wir es mit Leuten zu tun haben, die für sich das Recht in Anspruch genommen haben, zu emigrieren, um vorallem einer für sie unerträglichen sozialen oder sozial- ökonomischen Lage zu entfliehen. (Wir glauben euch im Übrigen darauf hinweisen zu müssen, daß auch oder gerade junge Männer aufgrund patriarchaler Unterdrückung ins angeblich "freie Europa" fliehen.) In der BRD sind solche Flüchtlinge gezwungen, ihren Fluchtgrund im Sinne einer herrschenden Anerkennungspraxis zu politisieren, was in Abhängigkeit vom Herkunftsland mehr oder weniger einfach ist. Dies ist die größte Gruppe unter "den Flüchtlingen". Sie alle haben nach unserer Überzeugung ein Bleiberecht, aber wer wäre in der Lage dieses Bleiberecht zu realisieren?

Nach neomarxistischer Überzeugung fränzösischer Schule besteht das revolutionäre Potential, das in der Lage wäre, die global- kapitalistischen Mechanismen zu erschüttern, in den SaisonarbeiterInnen in den kapitalistischen Peripherien. Dort wären kapitalistische Strukturen nur soweit eingedrungen, wie sie Arbeitskräfte gebrauchen könnten, ohne deren Reproduktion gewährleisten zu müssen. Ein Teil der Reproduktion dieser Arbeitskräfte würde noch abgedeckt werden durch subsistenzwirtschaftliche Grundlagen, die aber mehr und mehr dem Verfall und der Zerstörung preisgegeben werden. Die "überausgebeuteten" Wander- und SaisonarbeiterInnen wären somit die am meisten ausgebeuteten Schichten oder Klasse innerhalb/ am Rande kapitalistischer Produktion.
Ihre bisherige Bedeutung in den europäischen Migrationszentren ist zumindest quantitativ marginal. Seit Jahren läuft eine Politik der Schließung der europäischen Festungstore. Flucht wird immer teurer und was (an Eliten) in Europa ankommt, scheint als revolutionäres Protestpotential weniger



geeignet als das, was oben angeführt wurde. Eine Idee der Linken, Flüchtlinge und MigrantInnen hier seien das revolutionäre Potential, das den Platz einer ArbeiterInnenklasse, die angeblich im klassenlosen Nationalismus versunken wäre, neben den "rein" gebliebenen "antinationalen Kräften", die kein "Vaterland haben ´wollen´"(siehe die selbe interim) einnehmen könne, diese Idee halten wir für unrealistisch. Die Protestwilligkeit tritt oft zurück hinter dem unbedingt zu akzeptierenden Wunsch, endlich in Frieden und Ruhe leben zu können. Ob "uns" das paßt oder nicht: es ist eine Frage des regionalen Vergleiches.

Ein allgemeines Bleiberecht kann es in diesem kapitalistischen System nicht geben. Ein individuelles Bleiberecht der Vision eines absoluten zu opfern, halten wir schon deshalb für nicht unbedingt die beste Lösung, weil wir die progressive soziale und politische Mobilität(die im Osten größer ist als im Westen) nicht überschätzen.

Wir möchten nun noch auf ein weiteres Problemfeld aufmerksam machen, was mit dem vorangegangenen eng zusammenhängt. Es ging um die Positionierung innerhalb einer global- politischen Auseinandersetzung. Während unserer konkreten Arbeit stellten wir uns oft die Frage, ob wir in diesem oder jenem Fall ganz aktuell nicht Kräften "in den Rücken fallen", die eigentlich unsere ganze Solidarität und Unterstützung erfahren sollten. Das ist keine abstrakte Fragestellung, sondern wurde schon oftmals konkret, indem sie uns gestellt wurde! Beispielsweise von KurdInnen in der Türkei oder im Irak.

Kurdistan- Irak: seit drei Jahren zum großen Teil von den Peshmergas(kurd:die in den Tod gehen) kontrolliert, sich im Mai 1992 eine autonome Regionalregierung gewählt , die keine Macht der Welt anerkennt. Die Anzahl der AsylantragstellerInnen, die direkt aus den autonomen Gebieten kommen(was jetzt problemloser ist als vor 1991), hat sich von 1992 bis 1993 verdreifacht, die Anerkennungsquote ist um die Hälfte gesunken. In Sachsen beispielsweise werden allgemein KurdInnen aus dem Irak als asylberechtigt abgelehnt. Hauptargumente: 1) Im Irak gäbe es keine Gruppenverfolgung von KurdInnen. 2) Verfolgte KurdInnen haben immer die Möglichkeit zur Binnenflucht in die irakischen Nordprovinzen, da dort durch die Alliierten ausreichend Schutz vor Übergriffen durch das Bagdader Regime gewährleistet sei. Außerdem gäbe es "quasi- staatliche" Strukturen in den "kurdisch besetzten(!) Gebieten", über deren etwaige Menschenrechtsverletzungen nichts bekannt sei.
Grundsätzlich besteht in den autonomen Gebieten natürlich kein ausreichender Schutz vor irakischen, türkischen und iranischen Übergriffen und Agressionen. Hinzukommt, daß der lange Arm Saddams für ausreichend Terror vorallem gegen politische KaderInnen kurdischer Parteien verantwortlich ist. Neben der politschen Unsicherheit kann auch von einer Gewährleistung eines Existenzminimums in den unter doppeltem Embargo stehenden autonomen Kurdistan nicht gesprochen werden. Es ist für uns nur allzu gut nachzuvollziehen, daß Menschen aus ökonomischen und konkreten politischen Gründen, die autonomen Gebiete verlassen. Deshalb dringt unsere Gruppe auch auf ein Abschiebestopp für KurdInnen aus dem (ganzen) Irak und arbeitet auf diesem Gebiet theoretisch.

Auf der anderen Seite finden wir es korrekt, wenn die kurdischen Behörden ein Ausreiseverbot für Personen mit akademischer Ausbildung erlassen. Personen, die beim Wiederaufbau des sehr zerstörten Landes dringend gebraucht werden.

Kriminell wird es, wenn KurdInnen aus den autonomen Gebieten bei ihrer Anhörung vorm Bundesamt konkrete politische Verfolgung durch kurdische Stellen und/oder Organisationen angeben, die nicht unbedingt immer der Wahrheit entspricht, die eigenen Chancen jedoch erhöhen soll.

Auf die Problematik Emigration und nationale Befreiungsbewegungen, die oft von harten inneren Auseinandersetzungen gekennzeichnet ist, können wir an dieser Stelle nicht weiter eingehen. Bei unserer konkreten Arbeit ist dies eine schwer zu klärende Frage, die manche von uns schon zum Ausstieg aus dieser Arbeit bewegen wollte.

Wir machen weiter!

Kahina

Kampf den Abschiebeknästen! Kampf den Privatbullen!

... deshalb flogen beim Sicherheitsdienst Kötter in der Nacht auf den 2. Juni die Scheiben ein! Die Fassade wurde mit Farbbeuteln und Parolen verziert!

Neben "Raab & Karcher-Sicherheit" ist Kötter einer der größten privaten Sicherheitsdienste der BRD mit Sitz in Essen. In ihrer Verantwortung liegt u. a. die Bewachung von Abschiebeknästen, in denen Flüchtlinge inhaftiert sind, deren Verbrechen es ist, hier Asyl zu beantragen. Kötter fügt sich ein in die Reihe derer, die Flüchtlinge lieber Folterstaaten überlassen als ihnen hier Aufenthalt zu gewähren. Die Abschaffung des Asylrechts hat sich nunmehr zum ersten Mal gejährt.

Im Zuge des Ausbaus des deutschen bzw. europäischen Repressionsapparats boomen die privaten Sicherheitsdienste. So wurden in Köln und Berlin Hand in Hand mit der Stadtverwaltung besetzte Häuser von Privatbullen geräumt. In dem Zusammenhang solidarisieren wir uns mit Kölner GenossInnen, die das Büro der Sanierungsfirma "Moderne Zeiten", die für die Räumung des "Oskar Jäger" - Zentrums im April diesen Jahres verantwortlich war, vorübergehend unbenutzbar gemacht haben. Die Firma "Moderne Zeiten" beauftragte damit einen Schlägertrupp, dessen Trainingsstätte u.a. die Kampfsportschule Musashi in Bonn-Beuel (Broichstr. 76) ist; einige von ihnen gehören außerdem dem BGS an.

Mit dem 2. Juni haben wir einen Tag gewählt, an dem vor 27 Jahren der Student Benno Ohnesorg auf der Anti-Schah-Demo in Berlin von Bullen erschossen worden ist.

Gruppe Jupp Messinger
(Bonner Kommunist, 1933 von Nazis ermordet)

RESOLUTION FÜR DIE EINSTELLUNG DES VERFAHRENS GEGEN ZWEI ANTIFASCHISTEN AUS DEM RHEIN-MAIN GEBIET

Am 27.5 begann der Prozess gegen Jens und Jürgen, zwei Antifaschisten aus dem Rhein-Main Gebiet.
Die Vorwürfe lauten: Landfriedensbruch, schwerer Raub und Bildung bewaffneter Haufen.
Im Juni 93 fand in Hungen-Inheiden ein Konzert der dortigen antifaschistischen Jugend statt,bei dem es zu Provokationen von Seiten der Faschisten kam. Den Provokationen wurde von Seiten der Konzertbesucher/Innen offensiv entgegengetreten.
Bei den Auseinandersetzungen wurde dem in der Region bekannten Neonazi Tassilo Schneiderbauer ein SS-Orden abgenommen. Einem "Kameraden" Schneiderbauers kam der Personalausweis abhanden. Stunden später kam es zu einem, überfallartigen Polizeieinsatz in dessen Verlauf die beiden Antifaschisten willkürlich aus der Menge heraus festgenommen wurden. Sie saßen deswegen mehrere Wochen in Untersuchungshaft. Nun wird ihnen der Prozeß gemacht.
Einziger Belastungszeuge in diesem Verfahren ist der oben genannte T.Schneiderbauer. Er ist schon durch mehrere Straftaten mit nazistischem Hintergrund im Kreis Hungen aufgefallen.
Aufgrund der bisherigen Äußerungen ist zu befürchten, daß das Gericht die faschistische Einstellung Schneiderbauers ignoriert und die Antifaschisten letztendlich durch seine Aussagen verurteilt.

Wir, die UnterzeichnerInnen, sind empört über die staatliche Verfolgungswut gegen den antifaschistischen Widerstand in einer Region, in der es seit Jahren zu faschistischen Übergriffen kommt, ohne das die Täter mit nennenswerten juristischen Folgen rechnen müßten. Dieses Vorgehen steht in Kontinuität der Ereignisse von Rostocker Polizeiabsprachen mit Nazis, Duldung faschistischer Aufmärsche in Fulda und dem Wegschauen bei Pogromen in Magdeburg.

Wir, die UnterzeichnerInnen, fordern die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen Jens und Jürgen.

Gruppe, Partei, o.ä.:

....

Diese Resolution wird an die Presse weitergegeben und bei Kundgebungen mit den UnterzeichnerInnen vorgelesen.
Bitte zurückschicken an:
Prozeßgruppe Jens und Jürgen, Antirassistisches/Antifaschistisches Notruf- und Infotelefon, c/o Cafe Exzess, Leipzigerstr.91, 60487 Frankfurt/Main,
Tel.069/703337
Fax-Nr.: 069/ 7077283

Spendenkonto M. St. Kto-Nr. 304801372 BLZ 50050201 "Prozesse"

Hilfeausruf an HausbesetzerInnen, Grünen, Linke, Autonomen, Freaks.... Ihr werdet alle herzlich zum

PROTESTURLAUB IN LONDON !

eingeladen



Hier in Leytonstone im Norden Londons sollten 350 Häuser zerstört werden, und ein Stadtteil in zwei gespalten werden, damit eine Autobahn die Fahrtzeit für Pendler um 8 Minuten verringern kann. Einwohner haben sich mit Ökoaktivisten und HausbesetzerInnen zusammengetan, um die Straße zu verhindern. Seit acht Monaten laufen hier kontinuierlich Aktionen. Wir besetzen Bauplätze und versuchen direkt am Ort die Arbeit aufzuhalten. Wir haben auch eine Mehrzahl an Häusern besetzt, die im Wege der Straße stehen, und sind dabei sie zu verbarrikadieren, um die Kosten einer eventuellen Räumung so hoch wie möglich zu treiben. Uns fehlt nur eins: Leute. Wir brauchen Menschen, die eine Weile lang in unserer Protestcommunity leben wollen, an unseren Aktionen, Feste und Alltag teilnehmen wollen. Kommt schnell und erfahrt ein Land in dem das Hausbesetzen immer noch legal ist - die auf uns zukommende Kriminalisierungswelle des neuen Criminal Justice Bill erwarten wir erst in ein Paar Monaten.

Wir bieten dafür Unterkunft, tägliche Volxküche, Spaß, Stimmung, und hoffentlich auch Sonne. Alle EG-EinwohnerInnen können hier auch problemlos Sozi beziehen, also vergeßt Kreta, Italien, Portugal, Ägypten: macht Urlaub in Leytonstone !

Näheres von: No-M11 Campaign, 211 the Arches, Grove Green Road, Leytonstone, London, E11 4AJ. Tel 00 44 81 558 2638 Phil oder Alison nachfragen wenn ihr kein Englisch sprechen wollt.

VERANSTALTUNG: INFOS ZUR M 11-KAMPAGNE in London

Montag 13.6. Umweltbibliothek - Café Schliemannstr. 22

20.00 Uhr (?)

prozesserklärung von heidi schulz



ich bin nicht hier, um mich an dem verfahren zu beteiligen.
diese verfahren sind nur ein teil in der vernichtungsstrategie, ein teil in dem ganzen programm, womit versucht wird. revolutionäre identität zu brechen um die "allmacht" des staates zu behaupten. deswegen werden in diesem land politische gefangene grenzenlos bekämpft. als wären wir nicht schon im knast.
die prozesse, die jetzt seit 92 gegen uns inszeniert werden. sind ausdruck der grenzenlosigkeit in dem machtanspruch der politischen justiz -
sie sind ausdruck ihres vernichtungsinteresses.
die neuen urteile seit 92. jetzt das gegen eva. das vorbereitete vierte verfahren gegen rolf-clemens, die anklage gegen birgit, 22 jahre isolationsknast gegen irmgard. das sind alles deutliche tatsachen für eine weitere stufe in dem vernichtungsprogramm.
die bundesanwaltschaft hatte in dem prozess gegen eva von "zäsur" geredet und die haben sie auch gesetzt indem sie jetzt erneut die politische bestimmung von aktionen über die strafrechtsformel "gemeinsamer täterwille" zur verurteilung nehmen.
damit ist die kollektive bestimmung der strategie (denn das ist die konkrete bestimmung der strategischen aktionen einer offensive von illegalen draussen - die alte kernbestimmung der raf) zum eigentlichen kriminellen delikt erklärt. es läuft auf den kern raus. eben das organisiert politische, also überhaupt das politische. vollständig durchzukriminalisieren/zu delegitimieren und zum eigentlichen delikt zu erklären.
das ist im bezug auf die urteile. wie sie zustande kommen. und wie sie mit ihrem "lebenslänglich" nur so um sich schmeissen. die offene beliebigkeit. die zynische machtdemonstration von bundesanwaltschaft und politischer justiz!
bei der anklage gegen birgit ist es das gleiche nur anders angewendet. da wollen sie über ihre entscheidung zur gruppe eine mordanklage wegen bad kleinen durchsetzen.

die kronzeugenjustiz ist eine andere abwandlung davon. zum x-ten mal wird dabei nichts anderes als die eigene identität abgeurteilt. deswegen wird fast gegen jeden der seit 1980 schon im knast ist ein neuer prozess gemacht - also nach zehn und mehr jahren knast - wer in der zeit seine politische identität nicht aufgegeben hat und wo sich gekaufte "zeugen" haben finden lassen.
an der kronzeugen-justiz wird der geiselstatus exemplarisch deutlich:
einige gefangene endlos einzubetonieren um bewegungen draussen zu disziplinieren und politisch handlungsunfähig zu machen. als "geiselmasse" für die nächsten zehn jahre. auch mit dem im auge, "etwas in der hand zu haben" gegen eine wiederbestimmung militanter politik. aus diesem kalkül speist sich auch die perversion gefangene endlos einknasten zu wollen - der rest besteht aus staatsrache. dass es trotz allem seit 24 jahren einen politisch revolutionären antagonismus hier gibt.
so drückt sich an diesen prozessen zugespitzt das aus. was in diesem staat und land zur normalität erklärt werden soll.
der prozess ist aufgebaut auf die geschäfte mit den kronzeugen - und recht ist, was ihrem ziel dient: die ausmerzung revolutionärer systemopposition.
das ist ihr geschäft.

so muss vernichtungsinteresse im wörtlichen sinn verstanden werden.
die extra gebildete kgt - koordinierungsgruppe terrorismus - ist hauptinstrument - sie bestimmt unsere haftbedingungen (z.b. wen, und wie man wen sehen darf). klaut unsere brief und maßt sich den zugriff auf jede unserer lebensäusserungen an. dort werden die kampagnen gegen uns geplant. dort fiel die entscheidung dafür. mit ihren gekauften zeugen die neuen prozesse - wie diesen jetzt hier - zu machen.
neben unserer endlosen einbetonierung wollen sie damit auch jede hoffnung auf veränderung in diesem land demoralisieren.
in diesem sinn sind diese machtdemonstrationen reine schauprozesse an denen sicher keiner aufhalten darf.
sie wollen nocheinmal die geschichte von über 20 jahren revolutionärer kämpfe durch die mühlen der staatsschutzjustiz drehen; aber antagonistischer widerstand ist nicht justiziabel.
es soll nichts davon im bewusstsein derer bleiben. die heute kämpfen. die heute aufstehen und sich gegen dieses system organisieren.
was formal seit den tagen der gestapo verboten ist. weil sie eines der grausamsten instrumente des faschimus war. weswegen bürgerliche antifaschistische kräfte auf der trennung zwischen polizei und geheimdienstapparat bestanden haben. ist schon längst wieder extra-lealisiert.
diese trennung existiert schon längst nicht mehr wenn es um die bekämpfung der gefangenen. unseren freunden und besuchern geht.
da wird kgt-mässig observiert. überwacht, telefon und postverkehr blockiert ... und alles was es an politischen aktivitäten zu uns und mit uns gibt. wird bekämpft. ich will hier nicht auf die methoden von kriminalisierung und verfolgung eingehen. jede und jeder hier im land. der oder die sich nicht mit unterdrückung arrangiert, kennt sie.

diejenigen. die antifaschistischen widerstand organisieren. kennen sie.
diejenigen. die aus dem bewusstsein widerstand leisten. dass rassismus und faschismus keine randerscheinung in dieser bürgerlichen gesellschaft ist. sondern aus deren mitte und mit unverkennbarer unterstützung der institutionalisierten elemente des faschismus kommt. kennen ihre methoden.
der justizapparat ist teil. ist katalysator der "neuen" faschistischen entwicklung in staat und gesellschaft, deswegen wird antifaschistischer widerstand auch mit prozesskonstruktionen kriminalisiert.
jede regung gegen die macht des neuen grossdeutschland steht sofort im fadenkreuz der politischen justiz. das

sind die bedingungen, gegen die gekämpft werden muss.
dagegen sind die kurdinnen und kurden, die hier widerstand leisten, gegen den genozid unter deutscher beteiligung, ein beispiel für politische identität und revolutionäre moral. etwas worin der befreiungskampf lebendige wirklichkeit ist. dabei sind sie ein wichtiger teil für die perspektive aller völker, dass befreiung nicht irgendwann, sondern jetzt - heute - und morgen erkämpft wird, für eine welt in der internationalistische solidarität der atem ist, mit der die freiheit aller und das selbstbestimmungsrecht der völker erkämpft werden wird.
deswegen wird der türkische und kurdische widerstand auch hier bekämpft. in den grossdeutschen knästen sind jetzt fast 200 kurdinnen und kurden, weil sie für die verteidigung ihres volkes nicht bereit sind sich an die bürgernormen hier anzupassen und einfach zu schweigen. deswegen werden sie eingespert oder abgeschoben in den nato-folter-staat türkei.
und viele von ihnen sind hier mit dem gleichen haftprogramm konfrontiert wie wir.
knast und justiz tun ihren dienst als staatliche anti-antifa.
niemand, der keine lebensrechte aufgeben will, kann sich im denken und handeln von herrschenden machtdemonstrationen bestimmen lassen. sie wollen damit nur unsere ohnmacht erreichen. die gibt es aber nur soweit, wie wir sie selbst akzeptieren. das heisst auch, sich nicht damit aufzuhalten, was hier demonstriert werden soll.

wenn ich von vernichtungsprogramm rede, dann red ich in keiner abstraktion sondern von dem, was ich in bald 12 jahren knast erlebt habe. das sind verschiedene formen von isolation, darunter auch fast eineinhalb jahre ohne hof - das heisst mit dem völligen entzug von luft und bewegung.
was hier jetzt in einer ähnlichen weise läuft, durch eine spezialzelle, in der das fensterloch vierfach vergittert ist, durch das kaum luft und wenig licht kommt. zellen im siebten stock, die speziell gegen uns gebaut wurden (wie ja dieser prozessbunker hier auch).
ein direkter effekt davon ist, schon nach ein paar tagen, dass die augen austrocknen, dauernd kopfschmerzen und dass sich die kreislaufprobleme verstärkt haben.
aber was ich zu den ganzen jahren von verschiedenen isolationsformen sagen kann, ist, dass sie die gesundheit systematisch zerstören.
es ist meine erfahrung und die situation mit der ich heute konfrontiert bin, dass durch die haft meine gesundheit bis auf den grund zerrüttet worden ist.
das werd ich hier natürlich nicht schildern.
denn, dass isolation die gesundheit zerstört wissen vor allem auch die, die sie als programm gegen uns bestimmen. seit es uns gefangene gibt wird sie deswegen als programm gegen uns eingesetzt (und genauso geleugnet).
die zerstörung von körperlicher unversehrtheit als ein hebel, um einen auf die knie zu bringen.
so werden externe ärzte und medizinische versorgung im knast auch nur soweit zugelassen, wie sie an diesem fakt nichts ändern wollen oder können. und um gegenüber der öffentlichkeit gleichzeitig sagen zu können: "es wird ja alles getan". aber auch selbst wenn der punkt anders wäre, ist die bittere realität nach all den jahren, dass im knast niemand gesund werden kann.
dafür gibt es viele beispiele, von katharina hammerschmidt bis ali jansen - ihn hätten sie letztes jahr durch verweigerung medizinischer behandlung fast umgebracht. katharina haben sie so ermordet.

das alles - die prozesse; die fortsetzung von isolation, bei brigitte, christian, rolf und manu am schärfsten und seit weit über einem jahrzehnt: die verweigerung medizinischer versorgung, oder sie nur soweit zuzulassen, wie sie nur an symthomen rumdoktern soll oder gleichzeitig zur ausforschung über die wirkung von isolation dienen soll um sie weiter auzutüffteln und gezielter systematisieren zu können; genauso wie die latente kriminalisierung unserer kontakte und der uns nahen menschen; das alles läuft auf der basis einer politischen entscheidung, für deren umsetzung die kgt einen freibrief (durch die politische klasse) bekommen hat.
ich kanns nur nochmal sagen: deswegen kann es nicht darum gehen, sich mit dieser machtdemonstration aufzuhalten, sondern darum, gegen diese realität den widerstand zu organisieren.

zu mir selber und dem prozess kann ich zusammenfassend sagen - soweit man in so einem prozessbunker überhaupt über sowas reden kann-: die harte tatsache der zerstörung meiner gesundheit verdeutlicht mir den charakter dieser neuen prozesse gegen uns. das 3. "lebenslänglich" was hier ausgesprochen werden wird, ist materiell bedeutungslos. man muss es in der ganzen prozess-serie sehen, als antwort auf unsere versuche der letzten jahre, die auseinandersetzung auf einen veränderten weg zu bringen.
das ganze hat den charakter der demonstrativen, schon fast rituellen, beispielhaft kalten liquidierung, was nicht nur an meiner situation deutlich wird, sondern an allem, was ich vorne versucht hab zu sagen. es ist der versuch der totalvernichtung, restlos, in allen aspekten. die politische justiz will neue marken, normen setzen, die in der gesellschaft nicht hingenommen werden können. die prozesse sind illegitim. das ist nicht einfach nur für uns betroffene völlig unakzeptabel bei einer inszenierung für die eigene vernichtung mitzuspielen, die prozesse sind auch politisch illegitim.
die geschichte der raf durchzieht vieles aus der geschichte der alten brd, mehr als 20 jahre kampfgeschichte lassen sich nicht durch machtexekution eines losgelösten staatsgewaltapparats beseitigen.

an diesem prozess, der schliesslich nur die kalte todesstrafe öffentlich festschreiben soll - während für alle, politisch, aber auch wegen der folgen der haft nur das rauskommen sache sein kann - nehm ich nicht teil.

heidi schulz, 25. mai 1994

Haft bis zur völligen physischen Desintegration

Folter ist international definiert; als solche wird jede Handlung verstanden *"durch die einer Person von einem Träger staatlicher Gewalt oder auf dessen Veranlassung hin vorsätzlich starke körperliche oder geistig-seelische Schmerzen oder Leiden zugefügt werden, um von ihr oder einem Dritten eine Aussage oder ein Geständnis zu erzwingen, sie für eine tatsächlich oder mutmaßlich von ihr begangene Tat zu bestrafen oder sie oder andere Personen einzuschüchtern"* (Erklärung der UNO-Generalversammlung, 1975).
***"Dabei wird gezielt versucht, die affektiven Bindungenen, die Überzeugungen, die Loyalitäten und die Persönlichkeit des Gefolterten zu brechen"* vgl. Lira, 1983; Quiroga, 1983; zit. nach David Becker, Freiburg, 1992).**

I.

Isolationshaft gegen politische Gegner hat in diesem Land eine lange Geschichte. Sie wurde immer mit dem Ziel eingesetzt, Gegner des Systems und herrschender Politik zu brechen, zum Aufgeben ihrer Haltungen zu zwingen.
Sie wurde praktiziert in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern des Nazifaschimus um Gefangene zu foltern und zur Aufgabe ihres Widerstandes gegen den Faschismus zu zwingen. Anfang der 50er Jahre wurde diese Haftmethode gegen inhaftierte Kommunistinnen und Kommunisten eingesetzt. Sie waren der herrschenden Klasse mehr als ein Dorn im Auge, waren sie doch eine ernsthafte Gefahr für die Durchsetzung der Remilitarisierung, der Notstandsgesetze.

Isolation als Haft-Programm institutionalisiert wird von der Bundesregierung und bundesdeutschem Justizapparat seit Beginn der 70er Jahre eingesetzt. Dem vorausgegangen waren wissenschaftliche Forschungen über die "camera silens", die gezielte sensorische Deprivation am Universitätskrankenhaus Hamburg-Eppendorf. Auftraggeber der Forschungen war die Bundeswehr.
Eingesetzt wurden diese Folter-Haftmethoden zunächst gegen die ersten Gefangenen aus militanten Gruppen, die bewaffnet Widerstand gegen die imperialistische Politik der Bundesregierung bspw. die Unterstützung des Völkermords der USA in Vietnam leisteten.
Ulrike Meinhof und Astrid Proll, Gefangene aus der RAF, waren im Toten Trakt in Köln-Ossendorf in den Jahren 1972, 73, 74 der Einwirkung jedes äusseren Reizes entzogen. Akustisch und visuell isoliert, in weiss gekachelten Zellen, ausschließlich zensierte und überwachte Kontakte mit der Außenwelt und diese auf ein Minimum reduziert ... (vgl. Pieter Bakker Schut, "Stammheim", Kiel, 1986, S. 51ff.).

Wir wollen an dieser Stelle nicht die gesamte Geschichte der menschenverachtenden, völkerrechtswidrigen Folter durch Isoaltion gegen politische Gefangene in der BRD dokumentieren.
Die Form der Haft hat sich bis heute mehrfach modifiziert. Angewendet wurden verschiedene Versionen der Isolationshaft: Einzelisolation, Isolation in Kleingruppen ... Programmatisch hierfür sind die bis zu 24 Punkte umfassenden Sonder-Haftstatute die der Bundesgerichtshof (BGH) und die Bundesanwaltschaft (BAW) gegen politische Gefangene verhängten und weiterhin verhängen. (vgl. u.a. "Dokumentation zu den Haftbedingungen der Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand; Hannover, 1985) Gegen die Isolation als Haftprogramm und als gezielter Angriff auf körperliche Integrität haben die Gefangenen für die Zusammenlegung gekämpft.
Die enschlossenen Kämpfe der Gefangenen u.a. in zehn kollektiven Hungerstreiks, die Unterstützung der Forderungen der Gefangenen durch Teile der Gesellschaft und darüber hinaus, zum Teil heftige, internationale Kritik an der Isolationshaft (u.a. durch den UNO-Menschenrechtsausschuß) haben dazu geführt, dass verschiedene Formen der Isolationshaft nicht mehr angewendet wurden. Trotzdem bleibt festzustellen, dass sowohl der Charakter der Haft als auch ihr Ziel unverändert geblieben ist. So sind bis heute mehrere Gefangene aus der RAF z.T. seit 12 Jahren einzeln isoliert. Kleinstgruppen, die nach dem Hungerstreik 1989 durchgesetzt wurden, sind zum grossen Teil aufgelöst.

II.

Die Isolationshaft in ihren unterschiedlichen Formen erfolgt gezielt. Die physische und psychiche Integrität der Gefangenen soll zerstört werden.
Mehrere Gefangene wurden durch die Haft schwer krank und haftunfähig.
Bernd Rössner war 17 Jahre in Haft , mehr als zehn Jahre totalisoliert - fast zehn Jahre war er haftunfähig eingesperrt.
Im November 1992 "gewährte" die Bundesjustizministerin nach Protesten aus dem In- und Ausland Bernd Rössner "Haftausstand" mit der Auflage sich in eine Therapie zu begeben um so wieder "Haftfähigkeit" zu erlangen. (Bernd wurde jetzt, im Mai 1994 "begnadigt" - so die Bezeichnung für das Ende der jahrelangen Folter.)
Irmgard Möller ist seit fast 22 Jahren in Haft. Auch sie ist mittlerweile erkrankt, das körpereigene Imunsystem versagt. Unfraglich eine direkte Auswirkung der langen Isolationshaft. Irmgard Möller soll nun an einem von der Justiz verlangten "psychiatrischen Gutachten" mitwirken, damit überhaupt eine Anhörung zur Haftüberprüfung stattfindet.

Das ist der Hintergrund, vor dem nun seit Herbst 1992 neue Prozesse aufgrund der Kronzeugenjustiz durchgeführt werden. Gegen Gefangene die zur Zeit des jeweiligen Prozeßbeginns schon seit 9 Jahren - wie Ingrid Jakobsmeier - seit 10 Jahren - wie Christian Klar - seit 14 Jahren, wie Rolf-Clemens Wagner unter diesen Bedingungen im Knast waren.

III.

So wird jetzt nach 11 1/2 Jahren Haft erneut ein Prozeß gegen Heidi Schulz, ebenfalls Gefangene aus der RAF, angestrengt. Sie ist seit November 1982 inhaftiert. Zunächst in Stuttgart-Stammheim, danach wurde sie nach Köln-Ossendorf verlegt. Dort war sie über sechs Jahre lang in Einzelisolation. Nach dem Hungerstreik 1989 kam sie in eine Kleingruppe zusammen mit drei anderen Gefangenen aus der RAF. Diese Kleingruppe besteht heute nicht mehr. Heidi ist nur noch mit Sieglinde Hofmann "zusammen", d.h. auf einer Station mit ihr, mit der Möglichkeit des Kontakts während der Aufschlusszeiten.
Zwischenzeitlich wurden Heidi und die anderen drei Gefangenen vom Sommer 1991 bis Frühjahr 1993 zwangsverlegt nach Bielefeld-Brackwede. Vorgeblicher Anlass dafür war die Lüge einer behaupteten bevorstehenden Befreiungaktion der vier Gefangenen.
Die Haftbedingungen der Jahre davor waren außer von der Einzelisolation z.B. auch davon geprägt, daß der Knast in Köln-Ossendorf Heidi zwingen wollte mit einer inhaftierten Neo-Faschistin zusammen Hofgang zu machen. Heidi lehnte dies ab und daraufhin wurde ihr der täglich einstündige Hofgang gestrichen. Sie war fast zwei Jahre lang ohne Hofgang 24 Stunden am Tag in der Zelle; d.h. die Isolation war kombiniert und auf die Spitze getrieben durch den Entzug von Luft und Bewegungsmöglichkeit.
Heidis Gesundheit ist seit längerem bereits angegriffen. Die Knäste und die politisch Verantwortlichen in der Justizbürokratie haben diesen Fakt, wie bei allen anderen politischen Gefangenen auch, stets haftverschärfend gegen Heidi eingesetzt. Dies geschah von Anfang an z.B. bei verletzten Gefangenen wie Günter Sonnenberg oder todkranken Gefangenen wie Katharina Hammerschmidt. Speziell koordiniert werden alle Entscheidungen die Haftsituation der politischen Gefangenen betreffend - seit dem offiziellen Bestehen der KGT ("Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung") ist diese Tatsache als programmatisch zu bezeichnen.
Die Gesundheit wird durch Isolation zerstört. So wird immer wieder versucht, die Zulassung von Vertrauensärztinnen und -ärzten zu verhindern, zumindest aber unerträglich lange hinauszuzögern. Gelingt es den Gefangenen, ihren Angehörigen und Anwältinnen und Anwälten, die Zulassung von Vertrauensärztinnen und -ärzten durchzusetzen, werden die vorgeschlagenen und medizinisch indizierten Therapien ver- oder zumindest behindert.
Wir wollen hier die jüngste Geschichte der massiven Be- und Verhinderung vertrauensärztlicher Versorgung darstellen.
Am 11.04.1991 beantragte der Anwalt von Heidi die Zulassung einer namentlich benannten Ärztin. Anlass dafür war die Diagnose einer Knotenbildung in der Brust. Obwohl dieser Befund eigentlich Anlass sein müsste, nicht viel Zeit verstreichen zu lassen wurde der Antrag über etliche Monate nicht beschieden, auch nicht, nachdem ein Gespräch von Angehörigen im zuständigen Justizministerium in Düsseldorf die grundsätzliche Zusage einer vertrauensärztlichen Behandlung für Heidi erreichen konnte. Der Antrag wurde, nach der inzwischen erfolgten zwangsweisen Verlegung in den Knast Bielefeld-Brackwede, am 24.07.1991 der dortigen Anstaltsleitung gegenüber erneuert. Die erste Reaktion erfolgte dann einen Monat später: die Anstaltsleitung forderte vor einer Entscheidung ein polizeiliches Führungszeugnis und einen Nachweis über sämtliche Wohnsitze der beantragten Ärztin in den vergangenen zehn Jahren!
Am 05.02.1992 teilt die Anstaltsleitung schriftlich mit, dass die beantragte Ärztin Heidi nicht beraten/betreuen kann, da "die ärztliche Behandlung unüberwachte Kontakte voraussetzen" würde. "Das dafür erforderliche Vertrauen kann" der Ärtzin gegenüber "nicht entgegengebracht werden".
Zwischenzeitlich, im November und Dezember 1991 lehnt sowohl der im Knast praktizierende Zahnarzt die Behandlung von Sieglinde Hofmann und danach auch eine Behandlung von Heidi ab. Nach dem Verlust einer Kontaktlinse muss eine mehrmonatige Auseinandersetzung darum geführt werden, dass Heidis Augen untersucht werden können. Dies sei alles nicht notwendig, man würde Heidi eine Knastbrille zur Verfügung stellen, das sei als Sehhilfe ausreichend befinden der Augenarzt des Knastes und die Anstaltsleitung zunächst gleichlautend. Jeder Versuch ärztliche Betreuung zu erlangen bedeutet monatelange Auseinandersetzungen, schriftliche Anträge, mehrmalige mündliche Begründungen, Widersprüche gegen Ablehnungen etc.pp.
Ein Teil eines Briefes von Heidi vom 05.02.1992, in dem sie diese Knastrealität der ständigen Boykottierung ärztlicher Versorgung und weitere Schikanen und Haftverschärfungen beschreibt, wird von der Anstaltsleitung angehalten: der Teil des Briefes enthalte "grob unrichtige und erheblich entstellende Darstellungen der Anstaltsverhältnisse".

Im Januar 1992 wird erneut die Zulassung einer anderen Ärtzin des Vertrauens beantragt. Nachdem die Anstaltsleitung der Ärztin, die sich zur Behandlung von Heidi im Knast bereit erklärt hatte, das Register einer ganzen Reihe von als "Sicherheitsüberprüfungen" bezeichneten Schikanen eröffnet, sieht diese Ärztin sich gezwungen wegen eben dieser staatlichen Anmaßungen die Behandlung abzulehnen.
Im Februar 1992 erfolgt die erneute Beantragung der Zulassung einer Vertrauensärztin.
Im März wird Heidi mitgeteilt, die beantragte Ärztin könne nur dann zur Behandlung zugelassen werden, wenn Heidi diese generell und und umfassend - vor Beginn der Behandlung - von der ärztlichen Schweigepflicht der Anstalt gegenüber entbinde. Dies lehnt Heidi ab.
Die Zulassung der Ärztin erfolgt dann, wieder nach mehmaligen Interventionen, doch noch.

Die nun zugelassene Ärztin beantragt eine medizinisch notwendige Untersuchung für die eine Ausführung in ein Krankenhaus notwendig ist. Nach monatelangen Verhandlungen, Anträgen, die nicht beschieden werden und Gesprächen darüber, wo z.b. die Untersuchung durchgeführt werden kann findet diese am 17.6.1992 statt - mehr als 14 Monate nach der ersten Antragstellung auf Zulassung einer Vertrauensärztin!
Die Untersuchung selbst findet unter Bedingungen statt, die, wie das mehr als ein Jahr dauernde Verhindern ausschliesslich dazu dienen sollen, dass medizinische Behandlung unerträglich und faktisch unmöglich ist. Heidi wird 15 Minuten vor Beginn der Ausführung darüber informiert. Als Krankenhaus wurde ein vom Knast ausgesuchtes anstelle des von der Ärztin empfohlenen gewählt. Heidi wird mit Handschellen gefesselt, begleitet von zwei Schließerinnen und bewaffnetem Sondereinsatzkommando abtransportiert. Zusätzliche SEK-Beamte in zivil befinden sich in zwei weiteren Wagen. Bei Erreichen des Krankenhauses wird Heidi zusätzlich eine Knebelkette angelegt und so wird sie in den Behandlungsraum gebracht. Die Schließerinnen - gegen eine von ihnen hatten Heidi und Sieglinde kurz vorher noch Dienstaufsichtsbeschwerde wegen sexueller Belästigung während des Duschens eingelegt - sind während der gesamten Untersuchung anwesend, d.h. auch während der Besprechung der Untersuchungsergebnisse.
Im Herbst 1992 erfolgt eine ambulante Operation. Die Ausführung dazu erfolgte unter vergleichbaren Bedingungen. Jetzt konnte aber durchgesetzt werden, dass zumindest während der OP kein Knastpersonal anwesend war. Die Anstalt verhinderte, dass Sieglinde die erste Nacht nach der OP bei Heidi in der Zelle sein konnte. Die Anstaltsleitung entschied dies gegen medizinischen Rat.
Die behandelnde Ärztin beantragt im Herbst 1992 bei der Anstaltsleitung die Genehmigung von Gesundheitseinkauf für Heidi. Dies wird zunächst nicht genehmigt. Erst nach mehreren Interventionen seitens der Ärztin, des Anwalts und von Angehörigen wird diese Zusatzkost teilweise ausgegeben. Die Ausgabe der, von der Ärztin verordneten Medizin durch die Anstalt erfolgt bis zu vier Wochen verspätet und z.T. gar nicht - trotz schriftlicher Anträge, Nachfragen etc.
Im März 1993 werden Heidi, Sieglinde und Ingrid wieder nach Köln-Ossendorf verlegt.
Im August 1993 tastet die Ärztin einen neuen Geschulst und verlangt daraufhin, daß eine spezielle Ultraschalluntersuchung durchgeführt werden kann. Das lehnt die Knastleitung ab: eine Ausführung sei "aus Kosten- und Sicherheitsgründen" zu teuer. Stattdessen bestellt die Anstaltsleitung eine Ärztin aus der Uniklinik, die nur die bereits stattgefundene Untersuchung wiederholen soll aber auch nur feststellen kann, daß die beantragte Untersuchung notwendig ist. Dadurch vergehen Monate in denen alles was eine Behandlung ermöglichen würde, unterbleibt, weil Untersuchungen verhindert werden sollen. Daraufhin sprechen Heidis Angehörige Ärzte aus der Kölner Region an, ob sie eine Untersuchung und Behandlung bei Heidi machen würden. (Die Bielefelder Ärztin kann das aufgrund der grossen Entfernung zum Knast durch die Verlegung und aufgrund des fehlenden Geräts in Ossendorf nicht.) Bei den ersten Versuchen erfahren wir von einer der angesprochenen Ärztinnen, dass vor unserem Kontakt bereits Anrufe in mehreren gynäkologischen Praxen getätigt wurden. Man habe die Ärztinnen und Ärzte gefragt, ob diese "bereit wären die gefangenen RAF-Frauen in Köln-Ossendorf zu behandeln. Es ginge aber nicht nur um medizinische Betreuung sondern auch um die Herstellung sozialer Kontakte und um eine politische Unterstützung." Ein Arzt, der zunächst im mündlichen Gespräch zugesagt hatte, nimmt daraufhin nach wenigen Tagen diese Zusage wieder zurück.
Mit derlei gezielten Versuchen wird darauf hingearbeitet, dass Ärztinnen oder Ärzte sich erst gar nicht bereit erklären, medizinische Behandlung für politische Gefangene zu gewähren.
Wieder vergehen Monate.
Im Oktober 1993 wird die Zulassung eines Kölner Arztes beantragt - dem wird stattgegeben. In der Folgezeit finden mehrere gynäkologische und internistische Untersuchungen im Knast statt, nun mit der im August bereits beantragten Ultraschalluntersuchung. Daraus ergab sich im November 1993, dass ein weiterer operativer Eingriff unter Vollnarkose erfolgen müsse um genauere Diagnosen zu ermöglichen. Dieser Eingriff kann nur ausserhalb des Knastes erfolgen, es ist also eine weitere Ausführung erforderlich. Diese wird von den nun behandelnden Ärzten bei der Anstaltsleitung im November 1993 beantragt. Der Antrag wird, nachdem bisher weder Zu- noch Absage erfolgt waren am 3. Januar durch den Anwalt erneuert und bezüglich der Bedingungen für den Eingriff konkretisiert. Es wird Zusage daüber gefordert, daß 1. das unmittelbar vor dem Eingriff stattfindene ärztliche Vorgespräch sowie die Anästhesie ohne Beisein von Schließerinnen stattfinden können, daß 2.sich während des Eingriffs kein fachfremdes Personal im Op-Saal aufhält, und 3. daß der Ehemann von Heidi während des Eingriffs im OP-Saal und in der Aufwachphase bei Heidi sein kann.
Ende Januar wird dieser Antrag des Anwalts von der Anstaltsleitung mit folgendem Wortlaut abgelehnt: "Aus Sicherheitsgründen kann Ihren im o.g. Schriftsatz gestellten Anträgen nicht entsprochen werden". Auf Nachfrage, aus welchen Gründen der Antrag abgelehnt wird, teilt die Anstaltsleitung folgendes mit: "... die hierfür maßgeblichen Überlegungen können aus Sicherheitsgründen nicht mitgeteilt werden". Nach weiteren Interventionen beim zuständigen Justizministerium und dem Justizvollzugsamt wird am 17. Februar 1994 dem anwaltlichen Antrag im wesentlichen stattgegeben. Am 19. Februar findet die Untersuchung unter erheblichem "Sicherheitsaufwand" statt. Heidi wird nach ca. sechs Stunden in den Knast zurückgebracht. Sieglinde kann die erste zwei Nächte nach der OP bei ihr sein.
In Folge der Diagnose, die durch den operativen Eingriff möglich wurde, sind jetzt weitere Behandlungen notwendig. Eine internistische Untersuchung erfolgte am 21. Dezember 1993 im Knast. Der Arzt verordnete als erste Maßnahme ein Präparat. Bis zur Aushändigung dieser Medizin vergingen mehr als vier Wochen. Notwendig waren vorher mehrere Nachfragen im Knast von Seiten Heidis; darüber hinaus ein Schreiben des Anwalts und mehrere Telefonate von Seiten der Angehörigen.
Heidi soll jetzt nach Stuttgart-Stammheim verlegt werden damit dort, wie bereits gegen andere Gefangene aus der RAF, ein neuer Prozeß gegen sie inszeniert werden kann.
Eine Verlegung zum jetzigen Zeitpunkt bedeutet erneut den Abbruch der medizinisch notwendigen Behandlung wäre also insofern die Fortsetzung der Methoden der letzten drei Jahre. Seit März d.J. geht es nun darum, durchzusetzen,

dass zumindest die jetzt erforderlichen Untersuchungen unter annehmbaren Bedingungen gewährleistet werden können.

IV.

Wir haben hier einen Ausschnitt des Kampfes um minimalste medizinische Versorgung am Beispiel von Heidi Schulz dargestellt. Diese Darstellung ist als exemplarisch zu verstehen und verdeutlicht die Situation der politischen Gefangenen insgesamt. Die Gefangenen sind seit 8, 10, 12, 18 oder mehr Jahren diesen Haftbedingungen unterworfen - Irmgard Möller, wie oben beschrieben seit mehr als 21 Jahren. Die Haftbedingungen haben das erklärte Ziel die Gefangenen in ihrer politischen und persönlichen Identität zu brechen. Wird dieses Ziel nicht erreicht, soll durch die lange Haft die Gesundheit und der Körper der Gefangenen planmäßig zerstört werden.
Diese Haft ist Folter - von der BRD exekutiert seit 24 Jahren. International wird die Folter durch Isolation als "weisse Folter" bezeichnet.
Diese Haft ist innenpolitisch die brutalste Form von Machtdemonstration des BRD-Staates.

Diese hier erfolgte exemplarische Darstellung ist ein Versuch, zu verdeutlichen mit welchen perfiden Methoden Isolation als Haftprogramm gegen die politischen Gefangenen eingesetzt wird. Die Gefangenen sind seit nunmehr 24 Jahren damit konfrontiert aus der Isolationshaft heraus sich gegen solche Angriffe auch auf ihre Gesundheit zur Wehr zu setzen. Das Programm soll u.a. wirken durch die Zermürbung in Form bürokratischer Einwände, die immer wiederkehrende dumpfe Begründung "Sicherheitsbedenken", den notwendigen Kampf um jedes Minimum wie z.B. Medizin oder halbwegs menschenwürdige Bedingungen bei der "Durchführung" einer medizinischen Untersuchung. Knastrealität heißt auch, den eigenen Körper vor den Angriffen in Form von Verweigerung oder erheblicher Verzögerung medizinischer Versorgung zu schützen, den Kampf darum zu führen.
Die Gefangenen brauchen dafür Solidarität und Unterstützung.
Die Folgen der langjährigen Haft sind so unübersehbar wie sie beabsichtigt sind. Sie sind auch durch eine wesentliche Veränderung der Haftbedingungen nicht mehr aufhebbar. Das heißt unweigerlich, daß es darum gehen muß, die Freiheit der Gefangenen zu erkämpfen, sollen sie nicht weiter dem staatlichen Vernichtungsprogramm - Knast bis zum Tod - unterworfen bleiben.
Für dieses Ziel muß sich heute eine neue Bewegung konstituieren. Schritte, diese zu erreichen sind zunächst, überall darüber zu informieren wie die Realität der politischen Gefangenen ist, welcher Bedrohung sie ausgesetzt sind. Schritte dahin sind auch, mit dafür Sorge zu tragen, daß minimalste Bedingungen erkämpft werden, damit die fortdauernden Angriffe auf die Gesundheit und damit das Leben der Gefangenen nicht mehr möglich sind. Freie Arztwahl und ausreichende medizinische Versorgung müssen erkämpft werden. Die Zusammenlegung der Gefangenen - bis zu ihrer Freiheit - bedeutet Schutz vor den Angriffen des Staates auf das Leben und die Gesundheit der Gefangenen.
April 1994

Nachtrag: Ende April 1994 wird Heidi in das Knastkrankenhaus Fröndenberg verlegt, damit dort zwei dringend notwendige internistische Untersuchungen stattfinden können. Diese Verlegung erfolgte - auch - auf Drängen des Oberlandesgericht Stuttgart, dessen 5. Senat seit Februar 1994 die Eröffnung eines neuen Prozesses gegen Heidi betreibt. Damit die Prozeßeröffnung im Sinne des Senats "kosmetisch sauber" vonstatten gehen kann, entschied der Senat, die Untersuchungen vorher noch durchführen zu lassen.
Nach Heidis Ankunft in Fröndenberg ist sie dort sofort mit massiven Haftverschärfungen konfrontiert. Bereits der Transport dorthin erfolgte unter den gleichen menschenverachtenden Bedingungen - begleitet durch bewaffnetes und vermummtes Sondereinsatzkommando, an Händen und Füßen gefesselt.
Heidi wird in eine sog. Sicherheitszelle gebracht, hier sind sogar die Fenster verriegelt, es ist lediglich möglich zwei Luftklappen zu öffnen. Zunächst wird Heidi alles verweigert: sie hat kein Radio, keine Seife... Die Aushändigung einer zweiten Decke, zusätzlich zu einer vorhandenen, dünnen Decke erfolgt erst einen Tag später. Der Hofgang für Heidi und die anderen dort inhaftierten Frauen findet in einem "Sonderhof" statt, ein Betonschacht von 12 auf 12 Meter, der nur mit Schotter ausgelegt ist. Nicht nur Heidi, sondern alle weiblichen Gefangenen sind mit einem Ausnahmezustand seit Heidis Ankunft konfrontiert. Auch die anderen Frauen protestieren gegen die Verschärfungen.
Alle Versuche z.B. per schriftlichen Anträgen, ein Gespräch wahlweise mit der dortigen Anstaltsleitung oder der Abteilung "Sicherheit und Ordnung" zu erreichen, damit die massiven Haftverschärfungen zurückgenommen werden, werden nicht beantwortet. Heidi sieht sich unter diesen Bedingungen der Stressmanipulation durch Verschärfung der Bedingungen - wie es in den bisher 11 1/2 Jahren Haft in dieser Härte nicht der Fall gewesen ist - nicht in der Lage den medizinischen Untersuchungen zuzustimmen, da diese selbst bereits eine erhebliche physische und psychische Belastung darstellen. Nachdem alle Versuche, die Bedingungen zu klären, scheitern, besteht sie nach vier Tagen auf eine Rückverlegung nach Köln-Ossendorf.
Die Bedingungen in Fröndenberg waren offensichtlich darauf angelegt, die Untersuchungen erneut zu sabotieren - "begründet" wurden die Bedingungen nachträglich erneut mit einer angeblich geplanten Befreiungsaktion. "Anlaß" hierfür: ein Telefonat von Heidis Ehemann mit der Anstaltsleitung zur Beantragung eines Besuchs im Knastkrankenhaus!

Das Oberlandesgericht Stuttgart hat jetzt die Eröffnung des Prozesses auf den 25. Mai 1994 datiert. Heidi wird Mitte Mai nach Stuttgart-Stammheim verlegt.
Mai 1994

in der nacht vom 4. auf den 5.6.94, eine woche vor der europawahl, haben wir 4 sprengsätze an der rückfront des gebäudekomplexes kaiserswerther str. 93 in düsseldorf deponiert. dort befinden sich u.a. der cdu-kreisverband düsseldorf und die operationsbasis für den cdu-bezirksverband "bergisches land" (solingen, wuppertal etc.). wir haben uns die stelle dort so ausgesucht, daß die gefährdung unbeteiligter ausgeschlossen ist. wir wollen mit dieser aktion zu einer offensiven auseinandersetzung mit der cdu und der von dieser partei vertretenen politik beitragen.



(das bild aus sidon zeigt militante der pflp, die ihre ablehnung des gaza-jericho-planes dokumentieren)

ob in palästina, kurdistan oder der türkei, der von der cdu geführte brd-staat ist kriegspartei. die brd als bestandteil der imperialistischen staatenkette steht dort auf der seite der herrschenden. der kampf der militanten genoss/inn/en, die den status quo nicht bereit sind hinzunehmen, ist ein kampf für freiheit und sozialismus.

"ab jetzt wird unser vorgehen gegenüber der pkk noch schärfer sein. die pkk'ler sollten das wissen, daß sie sich nirgendwo frei bewegen können." (kanther(cdu), 20.3.)

diese äußerung kanthers hat die beiden in mannheim lebenden kurdinnen nilgün yildirim u. bedriye tas, wie sie selbst gesagt haben, in ihrer entscheidung bestärkt, sich aus protest gegen die politik des brd-staates am 21.3. (newroz) selbst zu verbrennen. nilgün u. bedriye weisen in ihrer erklärung auch nachdrücklich auf die waffenlieferungen der brd an die herrschende demirel/ciller-clique hin. über art u. umfang dieser waffenlieferungen ist in den letzten wochen viel debattiert worden. die fakten sprechen

eine klare sprache: im rahmen des 3. materialhilfeabkommens (90-94) wurden bis jetzt 100 leopard 1, 300 brt 60, 30 phantom, 131 artilleriesysteme u. 187 mtw m113 geliefert. zwischen 1985 u. 1991 spendierte der brd-staat aus nva-beständen 256000 kalaschnikows, 5000 mg's, 100000 panzerfäuste u. 445 millio. schuß munition. am 7.4. verhängte die regierung einen scheinbaren lieferstop, der am 4.5. wieder aufgehoben wurde. die verschiffung von 212 stinger-raketen der firma dornier am 15.4. hat das nicht behindert. um die militärische dimension zu verdeutlichen, mit der die imperialistische staatenkette den vasallenstaat ausrüstet, sei beispielhaft erwähnt, daß 1993 von den usa 932 u. von der brd 85 kampfpanzer geliefert wurden, d.h.: in einem jahr hat die türkei eine panzerarmee erhalten, deren umfang dem des gesamtpanzerbestandes von großbritannien entspricht. 500000 soldaten u. 50000 milizionäre (sog. dorfschützer) befinden sich in den 13 provinzen (ausnahmezustandsgebiet) im krieg gegen den kurdischen befreiungskampf. der krieg gegen militante dort u. die repression hier sind aufs engste verbunden: am 26.11.93 hat kanther(cdu) die pkk u. andere kurdische organisationen "verboten"; 547 kurd/inn/en sind allein ende märz in der brd verhaftet worden; weil kanzler kohl(cdu) autobahnblockaden als " unerträglichen mißbrauch des gastrechts" betrachtet, werden ausweisungsbescheide verschickt u., schritt für schritt, vollstreckt. der einsatz des bullenkommandos unter beteiligung der gsg9 vor einer woche in saarbrücken ist ein deutliches signal, welcher kurs jetzt gefahren werden soll. am 7.3. ist nach mehr als 4 jahren prozeßdauer im 8,5-mio.-gerichtsbunker beim olg düsseldorf vom 5. brd-staatsschutzsenat das urteil gesprochen worden: die beiden kurden ali aktas u. hasan hayri güler sollen lebenslänglich im knast bleiben. am 12.4. hat in münchen der prozeß gegen die 13 kurden begonnen, die am 24.6.93 dort das türk. generalkonsulat besetzt hatten. sie wollten mit dieser aktion kohl(cdu) dazu zwingen, öffentlich zu erklären, daß die brd mit den waffenlieferungen aufhört. die kurdischen militanten haben nach der überzeugung gehandelt: "widerstand ist leben - berxwedan jiyane".

"die türkei ist das einzige modell für einen demokratisch-laizistischen und muslimischen staat." (lamers(cdu), außenpol. sprecher der cdu/csu im bundestag)

auch im kampf gegen den türkischen kommunistischen widerstand ist der seit 1982 von der cdu geführte brd-staat kriegspartei: bereits 1983 wurde hier devrimci sol verboten. immer wieder sind militante aktivist/inn/en, die in der brd pol. asyl beantragt hatten, abgeschoben worden. um nicht an die faschistische militärjunta ausgeliefert zu werden (die am 12.9.80 geputscht hatte), ist am 30.8.83 cemal altun, mitbegründer der "ankara liseli devrimci genclik", im berliner verwaltungsgericht aus dem fenster gesprungen, wobei er sich tödlich verletzte.

"daß man in die türkei abschiebt, geschieht in deutschland jedes jahr hundertfach, ist ein stück ausländerrechtliche normalität." (kanther(cdu) im bundestag)

der bnd u. der türk. geheimdienst (mit) arbeiten eng zusammen, so daß die direkte verhaftung von abgeschobenen auf türk. flughäfen möglich wird. mitunter darf die "mit" bereits in der brd die "verhaftung" vornehmen: so wurden z.b. 1986 4 devrimci-sol-militante aus der brd nach ankara entführt. die art der folterverhöre in türk. knästen ist

bekannt; die brutale folter geht noch im gerichtssaal weiter: so wurden jetzt 7 devrimci-sol-gefangene in istanbul während des prozesses zusammengeschlagen, weil im gerichtssaal transparente zum 1.mai gezeigt worden sind; ebenfalls sind kürzlich 5 devrimci-sol-gefangene in kayseri im gerichtssaal mit knüppeln u. gewehrkolben zusammengeschlagen worden. die von der brd mit ausgebildeten u. ausgerüsteten türk. sicherheitskräfte haben bei der fahndung nach devrimci-sol-militanten in den letzten jahren etliche genoss/inn/en erschossen. besonders erwähnen wollen wir hier die erstürmung einer wohnung am 6.3.93: dabei wurden bedri yagan u. gürcan özgür aydin, deren beitrag für die weiterentwicklung des militanten kommunistischen widerstands in der türkei von großer bedeutung ist, erschossen.

von den waffenexporten in die türkei sowie der waffenproduktion mit dt. lizenz profitieren konzerne wie hdw, thyssen, mtu, krupp, man, krauss maffei, heckler&koch, rohde-schwarz, dornier etc. und es ist die aufgabe der cdu, auf politischem feld das interesse dieser konzerne durchzusetzen. jetzt am 30.5. hat die bundesregierung dem bdi in einem brief zugesichert, daß die auflagen für den waffenexport in länder außerhalb der nato weiter gelockert werden. ein konzern wie daimler, der die unimog-lieferungen in den sudan (dort sind 2 millio. flüchtlinge permanent vom hungertod bedroht) mit dem satz "das geschäft ist einwandfrei gelaufen." kommentierte, wird das dankbar zur kenntnis nehmen. die interessenidentität der politik der brd-großkonzerne u. der cdu-politik wird u.a. gesichert durch vertrauliche konsultationen u. personalidentität; so sind z.b. von wartenberg (bdi-hauptgeschäftsführer) u. schoser (diht-hauptgeschäftsführer) in kohls wahlkampfteam. stihl/necker/murmann lassen keinen zweifel daran, daß sie sich eine fortsetzung der bisherigen regierung in der nächsten legislaturperiode wünschen.

die zentralisierte kommandostruktur von cdu u. wirtschaft in der brd erleichtert die koordination von partei- u. konzernpolitik. das machtzentrum der cdu ist kanzler kohl mit seinem beraterstab, der sog. frühstücksrunde (ackermann, bohl, pfeiffer, ludewig). das machtzentrum der brd-wirtschaft ist der 13-köpfige vorstand der deutschen bank, der an den mehr als 100 aufsichtsräten der wichtigsten konzerne beteiligt ist. die großbanken werden mit der cdu/csu/fdp-regierungspolitik bestens bedient; mit einem jahresüberschuß von 2,2 milliarden dm hat die dt. bank allen grund zur zufriedenheit (u. deshalb sind die 50 millio. dm, die die bank für unbezahlte handwerkerrechnungen des herrn schneider aufwenden muß, in der tat "peanuts", wie kopper das auf einer pressekonferenz sagte).

natürlich setzen die großkonzerne, die das brd-rückgrat bilden, nicht allein auf eine partei, sondern finanzieren die parteipolitik von cdu/csu/fdp/spd, die im wesentlichen ununterscheidbar ist, in ihrer gesamtheit; so waren 1992 die größten einzelspender (für jede partei jeweils ca. 500000dm) bei der cdu der daimler-konzern, bei der csu der verein der bayer. metallindustrie, bei der fdp der verband der nrw-metallindustrie u. bei der spd der daimler-konzern. aber so sehr sich scharping auch den wirtschaftsbonzen anzubiedern versucht (wie jetzt am 31.5. beim bdi-treffen), die zentralen kom-

mandoträger der wirtschaft teilen die von kinkel neulich geäußerte ansicht: "wenn sich die spd als cdu mit rotem schal präsentiert, warum sollten wir dann nicht beim original bleiben ?"

"als einer, der dem bäuerlichen zugewandt ist, sage ich ihnen, im frühling wird gesät, und im oktober wird geerntet." (kohl(cdu) im garten der brd-botschaft im vatikan,3.5.) kohl stützt, aus gutem grund, seinen optimismus auf die prognose, daß 1994 ein jahr des wirtschaftswachstums (1,5%) sein wird. insbesondere die wachsende auslandsnachfrage führt zur zeit dazu, daß die profite wieder steigen. wenn also z.b. der bayer-konzern meldet "gewinne wachsen, 2000 arbeitsplätze abgebaut", so ergänzt das eine das andere. die daimler-aktie wird jetzt an der börse in singapur eingeführt, die dresdner bank will sich in mexico u. polen niederlassen usw., d.h. die internationale expansion der konzerne u. banken schreitet voran; nach der expansion auf das gebiet der ex-ddr (85% des industriellen sachvermögens in der hand westdt. konzerne) steht nun das osteuropageschäft (polen, ungarn, tschech.republik) auf der tagesordnung. gleichzeitig ist eine zunehmende gesellschaftliche polarisierung das ergebnis der letzten 12 jahre cdu-regierung: zur zeit sind 8 millio. menschen (einschließlich derjenigen, die in abm/umschulung etc. oder im vorruhestand sind) ohne arbeit, 2,2 millio. kinder leben in armut, 2,5 millio. wohnungen fehlen usw.;der arbeitsplatzabbau hat folgende größenordnung erreicht: beim maschinenbau sollen dieses jahr noch 100000 stellen, in der elektroindustrie noch 30000 stellen, in der stahlindustrie noch 23000 stellen usw. vernichtet werden. die cdu-regierung fördert mit dem privatisierungskurs diese entwicklung (bei der bahn werden dieses jahr noch 35000 menschen entlassen) und rechnet mit insgesamt 500000 arbeitslosen mehr ende 94. es halten 60% die situation in der brd, insbesondere die arbeitsplatzunsicherheit betreffend, für besorgniserregend, u. die mehrheit der brd-bevölkerung hat in der tat eine menge, v.a. im weltmaßstab, zu verlieren. die arbeitsplatzbesitzer/innen bekommen zur zeit anhand der vorgänge bei eko stahl als schulbeispiel vorgeführt, wie das großkapital eine ganze industrieregion vom tisch fegen kann, wenn es will: 1989 waren dort noch 11000 arbeitsplätze, jetzt sind es 3000. zuerst hat krupp die übernahme abgelehnt u. jetzt riva. seit den düsseldorfer leitsätzen , mit denen die cdu in den 1.wahlkampf (1949) zog, bis heute hat sich nichts daran geändert, daß es diese partei versteht, große teile der bevölkerung im sinne der kapital-eliten zu mobilisieren. im unterschied zur fdp, die sich offen als partei der eliten bezeichnet u. deshalb permanent mit der 5%-hürde kämpft, ist die cdu eine "volkspartei", deren wählerpotential weit über ihre stammklientel (angestellte, selbständige) hinausreicht.

"die umstände der anti-terroraktion von bad kleinen sind aufgeklärt, wir haben ein verbrechensbekämpfungsgesetz 94 eingebracht, konzepte eines gesetzes für das bka u. den bgs ausgearbeitet, die asylproblematik hat sich gebessert, die gewalttätige pkk ist verboten, das programm für die innere sicherheit mit den ländern verabschiedet. so will ich arbeiten." (kanther(cdu) ende april im fr-interview)

denjenigen, die in der brd viel zu verlieren haben, u. das ist die mehrheit, bietet

sich die cdu als die partei der inneren u. äußeren sicherheit an. im innern bedeutet das: vollere knäste, mehr bullen, mehr präsenz der bullen, ehrenamtliche bullen (siehe die bestrebungen der hess. cdu oder die bayer. sicherheitswacht), weitere aufhebung der trennung von geheimdiensten u. bullen usw.; sachsens neues polizeigesetz, "das beste u. zeitgemäßeste in deutschland" (kanther), sieht den finalen rettungsschuß, 14 tage vorbeugeknast u. den großen lauschangriff vor. von der sicherheitshysterie profitieren die privaten wach- u. sicherheitsdienste: 280000 dieser sicherheitstypen "beschützen" akw's, u-bahnen, flughäfen etc. sicherheitspolitik nach außen bedeutet für die cdu ("sicher in die zukunft"): der eurofighter 2000 wird nicht nur entwickelt, sondern zum stückpreis von 102 millio. dm auch gekauft (rühe(cdu) will gleich 140 dieser jagdflugzeuge); ein sicherheitsgürtel von an die weu assoziierten staaten ist seit dem 9.5. wirklichkeit (polen, ungarn, tschechien, slowakei, bulgarien,rumänien u. die 3 baltischen staaten); die bisherige assoziierung mit norwegen, island u. der türkei ist aufgewertet worden. zur zeit beklagt rühe, daß für die 50000 soldaten, die als krisenreaktionskräfte im stil der somaliaaktion weltweit intervenieren sollen, die ausrüstung nicht ausreicht, weil diese "bislang nur für mitteleuropa vorgesehen ist u. den anforderungen von z.b. wüstenregionen nicht gerecht wird."

"wir deutschen sind im moment wieder darauf angewiesen, uns als schicksalsgemeinschaft zu verstehen." (herzog(cdu) im focus-interview)

seit 1979 ununterbrochen ist die cdu die partei des bundespräsidenten. besonderes ansehen bei der mehrheit der brd-bevölkerung hat von weizsäcker(cdu) diesem amt in den letzten 10 jahren verliehen. 1958-62 war er banker in düsseldorf/essen u. ging dann (1962-66) zum chemiekonzern boehringer in ingelheim. in diesem konzern, der seinen profit mit dioxinlieferungen an dow chemical für die agent-orange-produktion des vietnamkrieges machte, war weizsäcker die nr.2. gleichzeitig (1964-70) war er präsident des "dt. evangel. kirchentages". weil es ihm also gelang, das eine mit dem anderen zu verbinden, war er für das amt des bundespräsidenten prädestiniert. und so hat er es auch 1984-94 gemacht: er hat die für tausende von menschen weltweit tödliche geschäftspolitik der imperialistischen großmacht brd mit seiner christlich-abendländischen spruchwelt begleitet u. gewissermaßen veredelt. jetzt am 23.5. ist herzog(cdu) im reichstag in einer 2,5 millio.dm teuren inszenierung zum nachfolger bestimmt worden. herzogs karriere ist eng verbunden mit der des nazis maunz, bei dem er sich habilitierte u. mit dem er zusammen den standard-grundgesetzkommentar "maunz-dürig-herzog" herausgegeben hat; maunz hat intern aus seiner einstellung keinen hehl gemacht und z.b. den führer der faschistischen dvu, frey, juristisch beraten. und so ist es auch nicht verwunderlich, daß freys "nationalzeitung" schon 1982 schrieb, daß "an der spitze des höchsten deutschen gerichts kein geeigneterer fachmann als dr.herzog" vorstellbar wäre. 1987 wurde er tatsächlich bundesverfassungsgerichtspräsident, u. schon vor seiner wahl jetzt zum bundespräsidenten hat er im focus-interview angedeutet, daß er eine politik beabsichtigt, an der der verstorbene maunz seine freude hätte:

focus: "die präambel des grundgesetzes spricht vom deutschen volk..."

herzog: "besser noch formuliert es die weimarer reichsverfassung: das deutsche volk, geeint in seinen stämmen. ... denen, die nicht deutsche werden wollen, sollte man einen großzügig bemessenen zeitraum zubilligen, in dem sie sich entscheiden können. entscheiden sie sich dann gegen die dt. staatsbürgerschaft, sollte man ihnen sagen: wir erwarten von euch die rückkehr in das land, das ihr offensichtlich als eure heimat betrachtet."

diese herzogsche variante von "ausländer raus!"-politik ist vor dem hintergrund der entwicklung der cdu in den letzten 5 jahren zu betrachten: anfang 1989 war die gesellschaftliche polarisierung als folge 7-jähriger cdu-politik unübersehbar; während aber die sog. revolutionäre linke, wie in all den letzten jahren, mehr mit sich selbst als z.b. mit der entwicklung einer fundamental antikapitalistischen systemalternative beschäftigt war, propagierten die faschistischen gruppierungen ihre rassistische "lösung" für alle probleme von arbeitslosigkeit bis wohnungsmangel: "ausländer raus!". diese faschistische mobilisierung war erfolgreich: 7,5% für die "republikaner" bei der wahl in berlin (jan.89) u. 7,1% bei der europawahl (juni 89). auf dem parteitag in bremen (september 89) zog die cdu konsequenzen: statt der lummer(cdu)-lösung (koalition mit den "republikanern") wurde beschlossen, die wähler/innen der "republikaner" in der cdu zu beheimaten, indem die "ausländer raus!"-politik forciert wird. geißler wurde durch rühe als generalsekretär abgelöst, und rühe schwor die ortsverbände im auftrag der parteispitze dann schritt für schritt auf eine migrant/inn/enfeindliche kampagne ein, die den boden für die angestrebte grundgesetzänderung (den art.16 betreffend) bereiten sollte. nach dem 9.11.89 präsentierte sich die cdu offensiv als die nationale partei schlechthin, was zu den wahlerfolgen im deutschland-rausch-jahr 1990 führte. 1992 wurden dann brd-weit lager errichtet, in denen die flüchtlinge für die ersten 3 monate ihres aufenthalts interniert werden. die rühe-kampagne reifte mit der zeit zur vollsten blüte: es entwickelte sich eine art arbeitsteilung zwischen den rassisten auf der straße (hoyerswerda, rostock etc.) und der cdu-parteipolitik. nach der gesetzmäßigkeit der self-fulfilling-prophecy, "damit nicht alles noch schlimmer kommt", gelang es der cdu, die asylrechtsdebatte anzuheizen. insofern ist es nicht überraschend, daß die grundgesetzänderung und der faschistische brandanschlag von solingen in derselben woche im mai vorigen jahres stattfanden.

"die zuwanderung überschreitet die grenze dessen, was ein volk an sozialer integration leisten kann." (olderog(cdu) in der bundestagsdebatte über das "herrentags"-pogrom am 12.5.94 in magdeburg)

seit dem 1.11.93 hat die cdu ein weiteres extrem rassistisches gesetz durchgesetzt:das "asylbewerberleistungsgesetz": flüchtlinge erhalten nur 80% des für deutsche sozialhilfeempfänger/innen vorgesehenen existenzminimums, und das in zusätzlich entwürdigender form als (fr)eßpakete oder gutscheine. die abschiebequoten haben sich durch die grundgesetzänderung vervielfacht. so meldete der berliner innensenator heckelmann(cdu) im jan.94 eine versechsfachung der quote. jetzt am 1.5. hat etappenweise eine der größten abschiebeaktionen der brd begonnen: ca. 100000 flüchtlinge aus kroatien sollen

die brd wieder verlassen, was die kroatische regierung ihrerseits als vorwand benutzen wird, um ca. 200000 muslimische flüchtlinge nach bosnien abzuschieben.

"wir deutsche müssen wieder besser lernen, uns als eine gemeinsame nation zu empfinden." (schäuble(cdu))

schäuble, derzeitiger fraktionsvorsitzender der cdu/csu im bundestag, ist faktisch die nr.2 der partei und bereitet schon jetzt die zeit nach kohl vor. auf dem berliner parteitag (1993) hat er mit den zentralen begriffen "schutz- u. schicksalsgemeinschaft deutschland" und "unser deutsches vaterland" die richtung vorgegeben: die cdu als deutschnationale partei des brd-imperialismus der 90er jahre. die parteitagsdelegierten waren ihm dankbar für die ideologische wegweisung und feierten ihn mit begeisterten ovationen. mit diesem kurs erreicht schäuble nicht nur die wähler/innen der "republikaner", sondern schafft v.a. eine ideologische klammer, mit der die ca. 700000 mitglieder/innen der partei selbst nach einem eventuellen machtverlust kohls zusammengehalten werden könnten. schäuble hat es verstanden, seine positionen in endlosen verhandlungen zunächst mit der letzten regierung der ddr ("einigungsvertrag") u. dann mit der spd (grundgesetzänderung in der "asylfrage") durchzusetzen. er ist aber eben nicht nur ein pragmatischer machtpolitiker, sondern auch einer der wenigen in der cdu, die den ideologischen kurs der partei vorformulieren können.

das wird auch deutlich auf den 256 seiten seines neuen buches "und der zukunft zugewandt": es ist eine mischung aus kapitalistisch-tagespolitischen forderungen (wenn er z.b. längere maschinenlaufzeiten, stärkere differenzierung der löhne, abbau der lohnnebenkosten usw. durchsetzen will) und reaktionär-faschistoiden vorstellungen (wenn er die deutsche(!) familie als das fundament des brd-staates beschreibt, dem rückgang der geburtenrate der deutschen(!) bevölkerung entgegenwirken will und eine politik in diesem sinne als "aktiven verfassungsschutz" des brd-staates bezeichnet).

die cdu dort angreifen, wo die partei ihre dezentralen operationsbasen hat: in den orts- u. kreisverbänden !

"die bewaffnete aktion und die militanz wird einfach in unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen konfrontationen und in allen möglichen formen stattfinden. egal, was die raf und die gefangenen sagen." (helmut pohl, gefangener aus der roten armee fraktion, august'93)

schluß mit dem kronzeugenprozeß gegen heidi schulz, der jetzt am 25.5. begonnen wurde!

solidarische grüße an fatma, mehmet und abidin!

wir haben nichts zu verlieren. zusammen kämpfen!

Anarchistischer Medienladen

BARBATA

im El Locco Café

Kreuzbergstr.43,
10965 Berlin-Kreuzberg
(U- + S-Bahn Yorckstr.)



Geöffnet:
Mittwoch, 11.00 bis 16.00 Uhr
Mittwoch, 17.00 bis 19.00 Uhr
Freitag, 17.00 bis 20.00 Uhr
Samstag, 17.00 bis 19.00 Uhr
Telefon während der Öffnungszeiten: 785.91.81

Zusätzliche Aktivitäten:
Mittwoch, 11.00 bis 14.00 Uhr
"Halt Mittwoch - Aussteigen"



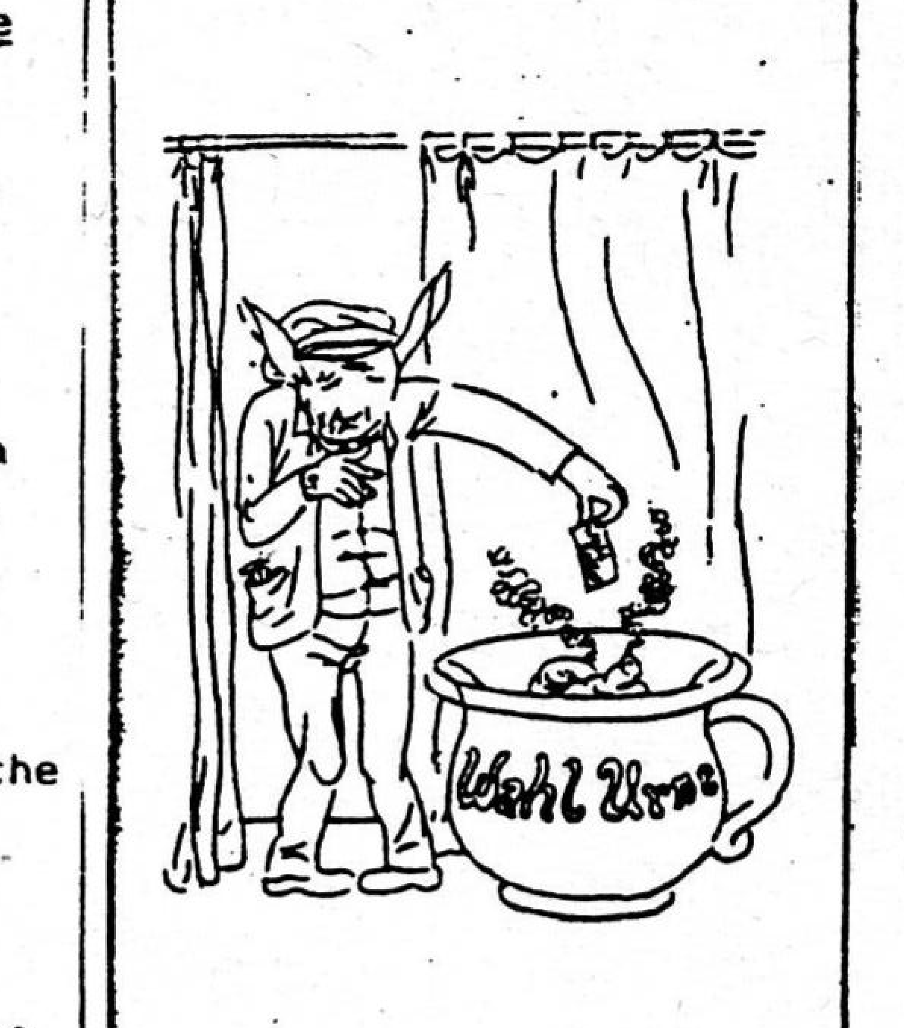
Anti-Wahl-Spektakel '94

Mit Kunst und Kultur gegen die Wahlen

Gegen die "Zentrale" Europas.
Mit Phantasie und Gemeinheit!
Für den Widerzusammenbruch.

Strassentheateraktionen und Informationen gegen ein Europa der Festung, der Zentralmacht, für eine basis-bestimmte Gesellschaft und Leben. Jeder/Jede sollte hier mitmachen. Eigene Aktionen (Verkleidung, Parolen, Geräusche usw. mitbringen).

Ort: Marheinekeplatz/Ecke Friesenstr. in Kreuzberg
Samstag, den 11.06.1994 11.00



BARBATA -Treff

Treffen und Info zum anarchistischen Medienladen Barbata.
Das Projekt umfaßt eine libertäre Bibliothek, Verka von Büchern aller libertär-anarchistischen Verlage Ber Material-, Video- und Audioarchiv sowie Veranstaltungen. Interessie Menschen, die sich informie oder mitmachen wollen sind willkommen.

Freitag, den 10.06.1994ab 2

Halt! - Mittwoch - Aussteigen!

Anarchistische Bedürfniswirtschaft - was ist in Berlin machbar?

Tauschmarkt, Knochengeld, Kosumverweigerung - das alles ist es nicht. Nur noch das produzieren, was wir wirklich brauchen. Wo liegen unsere Bedürfnisse? Durch weniger Konsumbedürfnisse zu mehr persönlichem Glück? Was ist anarchistisches Wirtschaften?

Mittwoch, den 15.06.1994ab 11.00



Deutsche Kolonisatoren gestern - Agrobusiness heute! Wohin mit den überflüssigen Menschen?

(aus: "Länderheft Mexico", medico international)

Nueva Alemania in Mexiko
Über deutsche Kolonisatoren in Chiapas
"In Mexiko, in Mexiko, da macht man mit dem Fächer so." - Ein Kinderreim, de zu dem wenigen gehörte, das im Deutschland der Jahrhundertwende über Mexiko bekannt war. Noch weniger freilich wußte man damals über jene Region an der Grenze zu Guatemala, die selbst Mexikanern lange Zeit als "tierra incognita" galt: Chiapas, das "unbekannte Land", das noch in den Sechziger Jahren kaum Straßen aufwies und nur wenige Schulen und Krankenstationen hatte.
Während der spanischen Kolonialzeit, als Mexiko das "Vizekönigreich Neu-Spanien" bildete, gehörte Chiapas zum benachbarten "Generalkapitanat Guatemala". Diese historische Sonderstellung hat bis zum heutigen Tag separatistische Ideen am Leben gehalten, vor allem auf Seiten potenter Großgrundbesitzer, die die Gewinne aus ihren Plantagen viel lieber ohne Abgaben an den mexikanischen Zentralfiskus einstreichen würden. Lange Zeit war über Chiapas wenig bekannt. Die Lebensumstände seiner heutigen Bewohner freilich wurden auch geprägt von Personen, die uns vertraut sind.
"Vor Kahle, Luttmann, Edelmann, da hüte sich der kleine Mann!" - So lautete ein weiterer Reim, der in den dreißiger Jahren in den Reihen des Deutschen Clubs in Tapachula, der an der Grenze zu Guatemala gelegenen Kleinstadt, die Runde machte. Hinter diesen Namen stehen jene einflußreichen deutschen Familien, die zu einem wesentlichen Teil und bis in die Gegenwart das einträgliche Geschäft mit dem Kaffee kontrollieren. Als ehemalige Angestellt der großen Hamburger Plantagengesellschaft "Nottebohm", die schon Mitte des 19. Jahrhunderts riesige Ländereien in Guatemala erworben hatte, waren sie gegen Ende des Jahrhunderts nach Mexiko gekommen. Die damalige Regierung des Porfirio Diaz (1876 - 1910) hatte ihnen überaus verlockende Angebote gemacht und das für den Kaffeeanbau hervorragend geeignete Land in der Grenzregion z Guatemala zu symbolischen Preisen verkauft. Sehr bald entstanden in der Umgebung des weit aufragenden Vulkans Tacana jene Kaffeeplantagen, die für die Region gewiß exotische, für unsere Ohren jedoch sehr vertraut klingende Namen tragen: Hamburgo, Bremen, Prusia, Nueva Alemania, Lubeca oder Badenia. Mit Hilfe deutscher Handelshäuser wurde die Kaffeeproduktion von Chiapas auf "Vordermann" gebracht. Deutsche Fincas waren es, die binnen weniger Jahre eine unangefochtene Führungsposition in der Weiterverarbeitung und nschließenden Vermarktung des Kaffees im Ausland einnahmen. Eine stattliche Anzahl deutscher Angestellter sorgte für den reibungslosen Ablauf des gesamten Produktionsgeschehens. In den 20er Jahren waren es gut 200 Personen Verwalter, Landwirte, Mechaniker, Buchführer, Gärtner, Aufseher, die sich hier mitsamt ihren Angehörigen niedergelassen hatten. Natürlich hinterließ die massive Präsenz des deutschen Personals ihre Spuren im sozialen und kulturellen Leben dieser Region. Von den zwei bis drei Tagesritten entfernt liegenden Fincas kamen die Deutschen regelmäßig in Tapachula zusammen, um di Abgeschiedenheit des Plantagenlebens mit der Geselligkeit im dortigen "Deutschen Club" zu vertauschen.

Der Deutsche Club in Tapachula
Getrieben vom unstillbaren Bedürfnis nach Abwechslung traf sich hier ein eigentümliches Kaleidoskop sozialer Existenzen: der politische Flüchtling, der bei Arbeiterunruhen in Ostpreußen scharf geschossen hatte; der Junkerlehrling, für den die Umstellung in der Behandlung von "Polaken" auf nunmehr "Tacanaken" - so die Bezeichnung für die im Umkreis des Tacana lebenden Ureinwohner - ein Leichtes war; der national Gesinnte, der einen Offizier der französischen Besatzungsarmee im Rheinland umgelegt hatte; das ehemalige Freikorps-Mitglied, das sich in der paramilitärischen Unterdrückun der deutschen Arbeiterklasse koloniale Sporen verdient hatte; der begeistert Ludendorff-Anhänger, der die Schriften des preußischen Generals nun hier unters Volk brachte und später einen Sender plus Vervielfältigungsmaschine installierte, um Nachrichten vom "Führer" empfangen und verbreiten zu können der ehemalige Offizier der in Ostafrika berüchtigten Lettow-Vorbeck-Armee; der Kolonisationsschwindler, der aus Tansania geflüchtet war; der verhindert Lokführer, der sich schließlich als ambulanter Zahnarzt ein kleines Vermögen zusammenbohrte.
"Das war kein Kulturzentrum. Da wurde Bier gesoffen, mit Geschichten geprahlt, und Skat gespielt. Die meisten waren doch reine Kulturbanausen. Wer aber irgendwie aus der Reihe tanzte, dem wurde eins aufs Haupt gegeben", schilderte ein Nachkomme der deutschen Finqueros den Deutschen Club von Tapachula. Zu besonderen Anlässen, beispielsweise an "Führer"-Geburtstagen, der Annexion Österreichs, der Besetzung Singapurs durch das befreundete Japa wurden Feste organisiert, die die lokale Polizei regelmäßig in Alarmbereitschaft versetzten. Erst 1938 fand der Deutsche Club sein Ende: er wurde Opfer eines Brandes, über dessen Ursachen bis zum heutigen Tag Rätselraten herrscht.

Auch heute noch: ... alles frisch!
Die mexikanische Revolution von 1910-17 hatte zunächst keine durchschlagende Wirkung auf das Treiben der deutschen Großgrundbesitzer. Erst die umfangreichen Agrarreform-Programme, die in die Amtszeit des Präsidenten und Generals Lazaro Cardenas (1934-40) fielen und mit 300 ha eine neue Obergrenz für privaten Grundbesitz festlegten sowie die Enteignung ausländischer Plantagen ermöglichten, führten zu einer Beschränkung der Machtfülle deutschstämmiger Kaffeebarone. Viele von ihnen wurden empfindlich getroffen, wenngleich es einigen gelang, den Maßnahmen durch Naturalisierung und Überschreibung des Gesamtbesitzes auf Familienmitglieder und Strohmänner zuvorzukommen.
Was noch als "Deutsche Kolonie" Bestand hatte, wurde schließlich 1942 zerschlagen, als Mexiko auf Drängen der USA in die Allianz gegen das nationalsozialistische Deutschland eintrat. Sämtlicher in deutscher Hand befindliche Besitz wurde annektiert, und die von Deutschen geführten Fincas unter die Regie staatlicher Inspektoren gestellt.
Doch nur wenige Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges erhielt die Mehrheit der enteigneten Plantagenbesitzer ihre Eigentumsrechte wieder zugesprochen. Die Kaffeeproduktion unter der Ägide der vom mexikanischen Staat eingesetzten Verwalter hatte erhebliche Einbußen erlitten, das Exportgeschäft war nahezu vollständig zum Erliegen gekommen. Die alten Besitzer - inzwischen längst mexikanische Staatsbürger geworden - sollten di für die Devisenerwirtschaftung so wichtige Kaffeeproduktion wieder ankurbeln Die verbliebenen 30 deutschen und deutschstämmigen Familien kehrten in die führenden Positionen des Kaffeehandels zurück. Seitdem wurde die landwirtschaftliche Struktur von Chiapas mehr und mehr auf den Agrarexport ausgerichtet.

Mit der Modernisierung ins Elend
Agroindustrie gegen Subsistenzlandwirtschaft
Kaffee, Palmöl, Kakao, Edelhölzer, Rindfleisch, Zucker, Bananen, Baumwolle: die Palette der Reichtümer, die Chiapas zu bieten hat, ist ebenso groß wie die Zahl derer klein ist, die sie kontrollieren. Eine kapitalintensive quasi-industrielle Landwirtschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten im südlichsten Bundesstaat von Mexiko herausgebildet, die in einem krassen Widerspruch steht zur kleinbäuerlichen, auf Sicherung der Subsistenz angelegten Minifundien-Wirtschaft der indianischen Dorfgemeinschaften.
Der Gegensatz tritt auf vielen Ebenen zutage: ethnisch, geographisch, technologisch, sozial, klimatisch, bodenphysiologisch. Hier ist das dicht bevölkerte Hochland, wo die indianischen Nachfahren der Maya leben; dort die fruchtbaren tropischen Niederungen des pazifischen Küstenstreifens. Mit jahrhundertealten Techniken und unter großen Mühen versuchen hier Klein- und Kleinstbauern, den steilen und meist kargen Berghängen das Notwendigste an Mais und Bohnen für den Eigenbedarf abzutrotzen, während sich dort hochmoderne und mit ausländischen Kapital finanzierte Plantagengesellschafte

niedergelassen haben, die in Monokulturen für den internen mexikanischen Markt und für den Export produzieren. So gegensätzlich diese beiden "Welten" auch scheinen mögen, so eng sind sie historisch miteinander verflochten. Den die Voraussetzung für die prosperierende Entwicklung der Agroindustrie in Chiapas war die extensive Ausbeutung der Arbeitskräfte des darüber arm gehaltenen Hochlandes.

Woher kamen die Hände?
Schon in den 20er Jahren hatten die Plantagenbesitzer, allen voran die Deutschen, ein ausgeklügeltes System entwickelt, mit dessen Hilfe sich der Zugriff auf die Arbeitskraft der indianischen Hochlanddörfer sichern ließ. I den Erntezeiten mußten auf den riesigen Fincas jeweils mehrere Tausend Arbeiter eingesetzt werden, die im richtigen Augenblick die Kaffeekirsche vo Strauch zu pflücken hatten, um sie dem Weiterverarbeitungsprozeß, dem Wässern, Schälen, Trocknen, erneutem Schälen, Auslesen und Verpacken zuzuführen.
Ein weit gestreutes Agentennetz sorgte dafür, daß sich aus den abgelegensten Dörfern im Umkreis von San Cristobal de las Casas, dem Zentrum des chiapanekischen Hochlandes, immer wieder genügend Arbeiter einfanden, die in Sammeltransporten zu den Fincas verfrachtet wurden. Man zahlte im voraus, wohlwissend daß es die eingegangen Schulden sein würden, über die man die an Lohnarbeit und den Umgang mit Geld nicht gewöhnten Indianer zur Tätigkeit au den Plantagen zwingen konnte.
Alljährlich mußten 20 bis 40 000 Menschen hin und her transportiert werden: eine gewaltige Arbeitskräfteverschiebung, in deren Sog sich eine daran profitierende neue Schicht von Zwischenhändlern, von Seelenverkäufern, Aufsehern und Boten herausbildete, die überwiegend der Mestizenbevölkerung entstammte. Der strukturelle Widerspruch zwischen den machtvollen Agrarunternehmern und den rechtlosen Arbeitermassen wurde derart von dem ethnisch-sozialen Konflikt zwischen Mestizen und Indianern überlagert. Zum unmittelbaren Gegenüber des indianischen Schuldknechts avancierte nun der mestizische Aufseher, Vorarbeiter und Kolonnenführer oder eben der Agent, de den "Vorschuß" auszahlte und sich die Schuldscheine unterschreiben ließ.
Die saisonale Verwertung der indianischen Arbeitskraft auf den Großplantagen aber bedeutete zunächst nicht die vollständige Zerstörung der traditionellen Subsistenzlandwirtschaft. Denn noch immer verblieb den indianischen Gemeinschaften ein Minimum an kommunalem Landbesitz, der ihnen eine weitgehende Selbstversorgung und darüber letztendlich auch die Bewahrung der eigenen Identität ermöglichte.
Dies begann sich erst zu ändern, als in Mexiko Mitte der 60er Jahre ein gewaltiger Industrialisierungsprozeß einsetzte, der alle Energien und nationalen Ressourcen für sich in Anspruch nahm. Es war die Zeit, in der sic Mexiko mit großen Schritten in das Weltmarktgeschehen integrierte und dabei dessen Ideologie übernahm, daß nur die Erhöhung der Geldwirtschaft und die Ausweitung der Produktion von Waren für den Handel - im Gegensatz zu Selbstversorgung - zur Verallgemeinerung des Reichtums führen würde.
Im Landwirtschaftsbereich zielten die Veränderungen auf eine Mechanisierung des nun ausschließlich monokulturellen Anbaus von Nahrungsmitteln unter dem Einsatz von Traktoren, Bewässerungssystemen, dem großflächigen Ausbringen vo Agrochemikalien und der Einführung von gezüchteten Hochertragssorten. Die dazu notwendigen Investitionen sollten aus dem Geldsegen finanziert werden, den das Geschäft mit dem Öl erwarten ließ.
Geblendet von den anfangs tatsächlich erzielten Wachstumsraten gingen die nationalen Wirtschaftsplaner davon aus, die landwirtschaftliche Selbstversorgung vernachlässigen zu können, um stattdessen den Anbau devisenbringender "cash-crops" für den Weltmarkt zu fördern. Die "Grüne Revolution" war in Gang gekommen, in deren Folge zwei wesentliche Veränderungen eintraten.
Der Zugriff auf die indianischen Arbeitskräfte wurde beeinträchtigt, weil überall, so auch im Hochland von Chiapas, staatliche "Entwicklungsprogramme" initiiert wurden, um die Bauern von der Vorteilen der weltmarktorientierte Landwirtschaft überzeugen zu können. "Agrarreformen" förderten die Bildung von Kooperativen und Genossenschaften und verstärkten so den Organisationsgrad der Landarbeiterschaft. Aber überaus flexibel reagierten die alteingesessenen Agrarbarone auf die unliebsamen Veränderungen. Um ihren nach wie vor gigantischen Bedarf an saisonalen Arbeitskräften decken zu können, organisierten sie die Verschiebung von Arbeitskräften nun zunehmend grenzüberschreitend. Seit dieser Zeit besteht eine halblegale Übereinkunft zwischen den Großgrundbesitzern und den Migrationsbehörden Mexikos und Guatemalas: gegen eine bestimmte Summe, eine Art Kopfprämie werden befristet "Erntepässe" ausgestellt, die es jahraus, jahrein Zigtausend von Guatemalteken erlauben, sich jenseits der Grenze für einen weit unter dem mexikanischen Minimallohn liegenden Gegenwert als Stücklohnarbeiter zu verdingen.
Auf der anderen Seite führte die "Grüne Revolution" mit der Zielvorgabe eine exportorientierten "cash-crop"-Produktion dazu, daß Mexiko, das sich Anfang der 60er Jahre noch selbst mit Grundnahrungsmitteln versorgen konnte, mehr und mehr Nahrungsmittel einzuführen mußte. In der ersten Zeit konnten die Kosten für die notwendig gewordenen Importe über das Ölgeschäft gedeckt werden. In dem Maße aber, wie in den 70er Jahren die Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt fielen und die Devisenerlöse zu sinken begannen, waren erste Wachstumskrisen unvermeidlich. Die "rückständig" gebliebene Produktion von Grundnahrungsmitteln, wie sie vorwiegend von Kleinbauern betrieben wurde, geriet erneut ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit.
Mit einem Mal waren gerade jene besonders gefragt, die nach vorherrschender Meinung am wenigsten für den internen Markt getan hatten: die indianischen Kleinbauern, die vom Prozeß der "Grünen Revolution" an den Rand gedrängt worden waren, wo sie allerdings genügend zu tun gehabt hatten, um überhaupt zu überleben. Nun sollte sie ein zweites Mal das Opfer werden, denn mit der Krise verstärkte sich der Druck auf die wenigen noch verfügbaren Flächen anbaufähigen Landes. Ein mit erbitterter Schärfe geführter Kampf um die Besitztitel setzte ein und führte zur weiteren Zerstörung von kommunalem Grundbesitz, den damit verbundenen traditionellen Produktionsweisen, der indianischen Kultur. Viele ehemaligen Parzellenbesitzer veräußerten ihr Stüc Land und mußten, wenn sie sich nicht der Masse der rechtlosen Landarbeiter anschließen wollten, auf Regionen ausweichen, die - wie die Tropenwaldgebiet - agroindustriell kaum zu bewirtschaften sind, weil ihre Böden auf Dauer wenig ertragreich sind.
Verarmung, Unterernährung und Krankheit waren die Folgen, die Hunderttausend zur Abwanderung in die größeren Städte zwangen. Ob als Hausangestellte oder Handlanger, ob im Straßenbau oder in Wäschereien, die Städte versprachen wenigstens die Möglichkeit, hier und da mal ein paar Pesos verdienen zu können. Ein hochflexibles Heer von rechtlosen und kulturell entwurzelten Arbeitskräften entstand.

Im Abseits der Regenwälder oder: Wohin mit den "überflüssigen" Menschen
Ein kleiner Teil der chiapanekischen Hochlandindianer entschied sich für ein andere Option: sie nahmen das Angebot der staatlichen mexikanischen Indianerbehörde (INI) wahr und ließen sich in dem bis dahin kaum besiedelten tropisch-feuchten Waldgebiet von Las Margaritas nieder.
Bereits 1961 veröffentlichte das INI ein Memorandum, unterzeichnet von seine Gründer Alfonso Caso, in dem festgestellt wurde: "Im Hochland von Chiapas, einer Zone, die ungefähr zu 80% von Tzeltal- und Tzotzilindianern bewohnt wird, herrscht eine hohe Bevölkerungsdichte, die für die außerordentlich schwierige Lage der Bewohner dieser Region verantwortlich ist. Diese leben unter Bedingungen extremen Elends, ohne Aussicht auf eine für sie günstige Veränderung der Lage. Der Bevölkerungsdruck auf die wenigen verfügbaren Ressourcen dieser Zone verschärft täglich das Problem der Selbstversorgung für die ca. 130.000 Menschen, die in den um San Cristobal de las Casas gelegenen Gemeinden leben." Der Vorschlag des INI: die Umsiedlung des "Bevölkerungsüberschusses" in die Waldgebiete von Las Margaritas, wo kurzerhand 200.000 ha urbar gemacht, d.h. gerodet wurden, um die 7.500 von staatlich bestallten Anthropologen ausgewählten Familien aufzunehmen.
Ein Vierteljahrhundert ist seitdem vergangen. Aus dem Umsiedlungsprojekt für die "überschüssige Bevölkerung" des chiapanekischen Hochlandes wurde sehr bald ein Anziehungspunkt für landlos gewordene Bauern aus anderen

mexikanischen Bundesstaaten, vor allem aus Michoacan und Veracruz. Von dort brachten sie neue, in der Region unbekannte Anbaumethoden mit und importierten insbesondere die Viehzucht. Innerhalb von zwei Jahrzehnten wurd eine Region, die zuvor so gut wie menschenleer gewesen war, von über 100.000 Kleinbauern bevölkert. Riesige Waldgebiete fielen der Kolonisierung, den Ackerbau- und Weideflächen zum Opfer.

Von Rindfleisch und Chewing Gum

Charles Lankester, Tropenwaldexperte des "Entwicklungsprogramms der Vereinte Nationen" (UNDP), setzt die Folgen, die aus der großflächigen Zerstörung der tropischen Feuchtwaldgebiete drohen, mit einer atomaren Katastrophe gleich. Denn das Ökosystem des Regenwaldes, das sich über Jahrmillionen entwickelt hat und einen unermeßlichen Reichtum an Pflanzen- und Tierarten beherbergt, droht heute, im Laufe von nur wenigen Jahrzehnten in eine Wüste verwandelt z werden.

Innerhalb der letzten 40 Jahre ist der weltweite Regenwaldbestand halbiert worden. Vorsichtige Schätzungen besagen, daß jedes Jahr etwa 5-6 Millionen Hektar Tropenwald verloren gehen, was in etwa der gesamten Waldfläche der Bundesrepublik entspricht.

Mexiko soll einmal 15 Millionen Hektar Regenwald besessen haben. Rund 90% davon sind mittlerweile der Axt zum Opfer gefallen und für immer vernichtet. Denn obwohl sie wie der Inbegriff einer überquellenden Fruchtbarkeit wirken, sind die immergrünen Tropenwälder in Wirklichkeit die hochkomplexe Anpassung an einen Mangel: an dünne und Hunderttausende von Jahren alte Böden, die infolge fehlender Regenerationsphasen ihre Fähigkeit eingebüßt haben, Nährstoffe zu speichern. Nur das dichte Wurzelwerk der Pflanzen sorgt dafür, daß Nährstoffe aus herabfallendem und verwesendem Blattwerk nicht sofort wieder ausgewaschen, sondern in die Vegetationsschicht zurückgeführt werden. Wird aber dieser in sich stabile Selbsterhaltungskreislauf durch eine großflächige Abholzung dauerhaft unterbrochen, dann ist die Katastrophe kaum mehr aufzuhalten: der Wald versteppt, die Böden verfestigen sich und beginne zu erodieren, wie heute in der "Selva" von Chiapas.

Mit dem Kahlschlag aber verschwindet nicht nur der Wald. Auch der regionale Wasserhaushalt verschiebt sich und irreversible Klimaveränderungen treten auf, die weit über die betroffenen Gebiete hinauswirken. Genetische Reserven die in der ungeheuren und nur zu einem Bruchteil bekannten Artenvielfalt de Regenwälder liegen, gehen unwiederbringlich verloren. Welche Auswirkungen da beispielsweise auf die Medizin haben wird, ergibt sich aus der Tatsache, daß mehr als 50% der modernen Arzneien aus Naturprodukten tropischer Länder gewonnen werden.

Die Geschichte der "Inwertsetzung" des mexikanischen Regenwaldes nimmt ihren Anfang Mitte des vergangenen Jahrhunderts. Ein nordamerikanischer Unternehme war auf die epochale Idee gekommen, den Saft des in Mexiko heimischen Chicozapote-Baumes zu einer Gummimasse zu verarbeiten, die bekanntlich forta die Welt erobern sollte: als Chicle, Chewing Gum oder Kaugummi.

Den Chicle zu sammeln, das war die Aufgabe der Chicleros, die angetrieben vo der schnell wachsenden Nachfrage immer tiefer in den Urwald vordringen mußten, sich zu Tausenden dort niederließen, Transportwege ausbauten, auf denen schließlich neue Siedler nachzogen. Die "Zivilisierung" des Dschungels hatte begonnen.

Seit dieser Zeit verspricht ein profitables Geschäft vor allem der Einschlag von wertvollen Langhölzern. Zunächst sind es sklavenähnlich gehaltene, meist indianische Arbeitskräfte gewesen, die von internationalen Holzfirmen in den Wald getrieben wurden, um dort unter mörderischen Bedingungen das hochgeschätzte Mahagoni und die anderen für Übersee bestimmten Edelhölzer "abzubauen". Nicht wenige Menschen sind dieser Arbeit zum Opfer gefallen: si starben an Unfällen, am Hunger oder an den noch kaum erforschten Krankheiten der "Grünen Hölle". Über seine "Inwertsetzung" ist der Wald zum Feind geraten, den man besiegen mußte, um selbst nicht darin unterzugehen.

Seit einigen Jahren wird der Einschlag der wertvollen Stammhölzer, die gerad 5% des gesamten Baumbestandes ausmachen, von leistungsfähigen Maschinen vorgenommen. Was sich ihnen beim Aufspüren und dem Abtransport in den Weg stellt, wird kurzerhand zur Seite geräumt. Riesige Schneisen sind auf diese Weise entstanden, in die Kleinbauern nachstießen, die man anderenorts vertrieben hatte. Das Land wird in landwirtschaftliche Flächen umgewandelt, die ursprüngliche Vegetation weiter vernichtet und dabei der Erosionsprozeß ausgelöst. Nach ein paar Ernten sind die Böden erschöpft, und es müssen angrenzende Areale gerodet werden.

Heute werden die letzten Kapitel der mexikanischen Regenwälder geschrieben. Im Rahmen eines ebenso ehrgeizigen wie zerstörerischen Vorhaben droht den noch verbliebenen Flächen die Umgestaltung in eine einzige große Weidefläche für die exportorientierte Viehzucht. Und das Geschäft, das sich Großgrundbesitzer und Viehbarone davon versprechen, scheint überaus lukrativ der offenbar unersättliche Appetit der einschlägigen "fast-food"-Restaurants in Europa und den USA verlangt nach billig produzierten Rindfleisch, die stark verschuldete mexikanische Wirtschaft nach dringend benötigten Devisen und jedes Rind eben nach 2 Hektar Wald. Soviel nämlich muß gerodet werden, u extensiv und kostengünstig ein paar Kilo Hamburger herstellen zu können. Zurück bleibt schließlich ein zertrampeltes, endgültig degradiertes Ödland, das sich im Namen eines kurzfristigen globalen Profitinteresses still und überall auf dem Erdball ausbreitet. Mit milliardenschweren Krediten hat die Weltbank, deren Kapital knapp zur Hälfte von den USA, Japan und der Bundesrepublik gezeichnet wird, seit Beginn der 70er Jahre die Viehhaltung i Lateinamerika gefördert und damit dem gewaltigen Zerstörungsprozeß einen enormen Vorschub geleistet. Als Schuldigen haben die hochbezahlten "Experten der Weltbank aber einen anderen ausgemacht: weil die in Armut lebende Bevölkerung dieser Länder so schnell anwachse, drängen immer neue hungrige Menschenmassen in die noch intakten Waldgebiete vor, die sie, um Nahrungsmittel anzubauen, brandrodend vernichten würden. Der perfide, aber aus der Sicht der Weltbank plausible Lösungsvorschlag: massive Bevölkerungskontrollprogramme, die mit den fragwürdigsten Mitteln auch in de Dörfern um San Cristobal in Chiapas durchgeführt werden.



Foto: Pavel Hroch

Bachajón, Los Altos de Chiapas



Cuba no está sola
Arbeitsbrigaden nach Cuba

Seit 1992 fahren im Frühjahr und Herbst Arbeitsbrigaden, von der Freundschaftsgesellschaft Berlin-Cuba organisiert, nach Pinar del Rio, der westlichsten Provinz Cubas. Ziel dieser Brigaden ist es, praktische Arbeit in der Landwirtschaft zu leisten und die Menschen und ihre Situation kennenzulernen.

Trotz der Widersprüche, die die Entwicklung in Cuba und die Maßnahmen der cubanischen Regierung mit sich bringen, wollen wir auch weiterhin versuchen, die CubanerInnen im Kampf für den Erhalt ihrer sozialen Errungenschaften materiell und politisch zu unterstützen.

Nahezu alle BrigadistInnen, die bislang in Pinar del Rio waren, werteten ihren Aufenthalt als sinnvolle Möglichkeit, einen Einblick in die cubanische Realität zu gewinnen und das Land und seine Bevölkerung kennen und schätzen zu lernen.

Zur Zeit erlebt Cuba die schwerste Krise seit dem Sieg der Revolution. Der Zusammenbruch der Beziehungen mit den Ländern Osteuropas und die verstärkte Blockade durch die USA haben zu dramatischen Versorgungsmängeln geführt.

Die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten aus den RGW-Ländern, ausbleibende Lieferungen von Düngemitteln, ein katastrophaler Mangel an Treibstoff und Ersatzteilen für Landmaschinen, und noch dazu unvorhersehbare klimatische Einflüsse, aber auch interne Strukturprobleme, haben, trotz massiver Anstrengungen, die Versorgung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Produkten drastisch zurückgehen lassen.



Die Ausweitung der Anbauflächen, die Entwicklung "alternativer" biologischer Mittel gegen Schädlinge und für die Düngung, der Einsatz von Ochsengespannen und die verstärkte Mobilisierung von Arbeitskräften in die Landwirtschaft waren nur einige der vielfältigen Maßnahmen, um die Krise in der Agrarproduktion aufzufangen.

Seit Dezember 1993 wird nun eine umfassende Umstrukturierung im Agrarbereich vorgenommen. Die Umwandlung eines Großteils der landwirtschaftlichen Staatsbetriebe in Kooperativen ist geplant. Durch diese Maßnahme soll die Produktivität gesteigert und die Versorgung der Bevölkerung wesentlich verbessert werden. Auch der Betrieb, in dem die Brigaden arbeiten, befindet sich in diesem Umwandlungsprozeß. Hier werden verschiedene Gemüse und -einmalig in der Provinz Pinar del Rio-Heilpflanzen angebaut, die zur Herstellung von Medikamenten dringend gebraucht werden.



Die Brigaden haben bisher vorwiegend auf den Heilpflanzenfeldern gearbeitet. Gemeinsam mit cubanischen KollegInnen werden die Pflanzen gesetzt, gepflegt, geerntet, getrocknet, werden die Pausen verbracht und das Mittagessen in der Betriebskantine eingenommen. Dabei gibt es reichlich Gelegenheiten, die vielfältigen Probleme des cubanischen Alltags, aber auch ihre oft phantasievolle Bewältigung, kennenzulernen. An den Arbeitseinsatz der BrigadistInnen wird der gleiche Anspruch gestellt, wie an jeden anderen Kollegen des Betriebs, nur die Arbeitszeit ist - wegen der ungewohnten klimatischen Bedingungen - etwas verkürzt.

An den Abenden und an den Wochenenden besteht die Möglichkeit, sich mit VertreterInnen verschiedener gesellschaftlicher Bereiche zu treffen, Besichtigungen zu organisieren und Ausflüge zu machen, um über den Arbeitsalltag hinaus Eindrücke und Erfahrungen zu sammeln. Dabei wird auch immer sichtbar, daß der zunehmende Tourismus auf Cuba in dieser tiefen Versorgungskrise zu einer Reihe von Problemen und Widersprüchen führt, mit denen auch die BrigadistInnen konfrontiert sind.

Nicht zuletzt deshalb ist eine intensive Vorbereitung auf den Brigadeaufenthalt dringend erforderlich. Wir sehen die Teilnahme an einem Vorbereitungstreffen als Voraussetzung für die Beteiligung an einer Brigade an.

Die einzelnen Gruppen der Brigade, jeweils zwischen 10 und 15 Personen, werden im "Campamento Internacional Aguas Claras", einer schönen, liebevoll gepflegten Anlage für den internationalen Tourismus untergebracht. Der Weg zur Arbeit kann von da aus in ca. 15 Minuten zu Fuß zurückgelegt werden.

Im Laufe der Zeit hat sich ein kontinuierlicher Kontakt zu verschiedenen Einrichtungen in der Region entwickelt. Die Freundschaftsgesellschaft Berlin-Cuba und einige ehemalige BrigadistInnen schicken regelmäßig Spenden, die dringend benötigt werden.

Jede Gruppe der Brigade arbeitet drei Wochen in der Landwirtschaft. Alle Kosten (Flug, Unterkunft, Verpflegung, Transfer, Visum) müssen von den BrigadistInnen getragen werden. Bisher waren dafür DM 2000,-- ausreichend.

Im Herbst 1994 werden drei Gruppen nach Pinar del Rio fahren. Abflugtermine sind 1.10., 22.10. und 12.11.94. In der zweiten Gruppe (Abflug 22.10.) können nur Frauen mitfahren. Jede Gruppe fliegt gemeinsam von Berlin aus ab. Spätere Rückflugtermine sind möglich.

Für weitere Informationen wenden sich alle Interessierten bitte an:

FG Berlin-Cuba e.V., Grimmstr. 6, 10967 Berlin
Tel.: 030/6912025 (Bürozeit Dienstags 19-21 Uhr, sonst Anrufbeantworter) oder

(Berlin): Beate; Tel. 030/3923047

(Hamburg): Inken, Tel.: 040/310566; Hella: Tel.:040/3903714

Do 9.6. 20, 30 Uhr - Film: Marsch de3r Kinder, im Rahmen der Rumänien_Veranstaltungsreihe, im: K A A 14 Kurfürstenstr. 14, Schöneberg.

Sa 11.6. 11.00 Uhr - Anti-Wahlspektakel 94, Marheinickeplatz Ecke Friesenstr..

17.00 Uhr - Viva Zapata-Solifete im: Karibuni, Kreuzigerstr. 20 im Hof.

21.00 Uhr - Antifa-Soliparty für die Gefangenen und Verfolgten, Rigaer Str. 83, Friedelhain.

ab 22.00 Uhr - Prozeßkosten-Soliparty (Besetzung der Kindl-Festsäle 92) in der Yorkstr. 59, HH 2. Etage.

So 12.6. 18.00 Uhr - autonomes Tierechtscafe: Thema Gentechnik an Tieren, im Drugstore 180, Potsdamer Str 180.

ab 20.00 Uhr - Soliparty für Unregierbare, Autonome Liste, Köpenicker Str. 137, Kreuzberg.

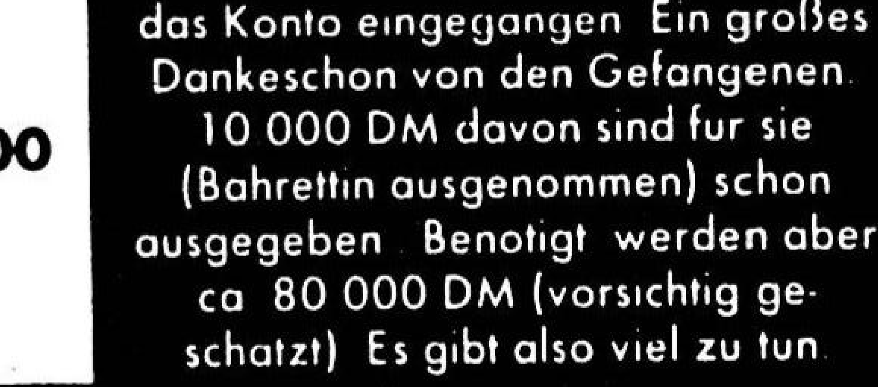
Di 14.6. 20.00 Uhr - Film: Peppermint Frieden, im El Locco, Kreuzberg str. 43.

Mi 15.6. 20.00 Uhr - Film: Deutschland Bleiche Mutter, im El Locco.

Do 16.6. 20.00 Uhr - Film: Die allseitig reduzierte Persönlichkeit, Redupers, im : EL Locco.

Mi 15.6. 11.00 Uhr - "Halt! Mittwoch- Aussteige.", anarchistische Bedürfniswirtschaft. Was ist in Berlin machbar?, Barbata-Treff im El Locco.

Das du dich wehren mußt, wenn du nicht untergehen willst, das wirst du doch einsehen.



Wir brauchen auch Geld für die Unterstützung der gefangenen Antifas.

Achtung! Kontoanderung!
Die Sparkasse hat ohne Begrundung das alte Konto gekundigt

Neu! Neu! Neu!

M. Holzberger
Kto.-Nr.: 1300 953 00
Commerzbank
BLZ 100 400 00

Infos: FreundInnen und Unterstutzer Innen, c/o Kreuzburo, Großbeerenstr 89, 10963 Berlin. Telefon & Fax 251 05 91

Das Buro ist jeden Donnerstag von 15-18 Uhr fur Interessierte und UnterstutzerInnen geöffnet

Bisher sind knapp 34 000 DM auf das Konto eingegangen Ein großes Dankeschon von den Gefangenen. 10 000 DM davon sind fur sie (Bahrettin ausgenommen) schon ausgegeben Benotigt werden aber ca 80 000 DM (vorsichtig geschatzt) Es gibt also viel zu tun



Die Unregierbaren
Autonome Liste

„Endlich sind wir unter uns."

Ihr müsst sie lieb und nett behandeln,
erschreckt sie nicht - sie sind so zart!
Ihr müsst mit Palmen sie umwandeln,
getreulich ihrer Eigenart!
Pfeift euerm Hunde, wenn er kläfft -:
Küßt die Faschisten, wo ihr sie trefft!
Wenn sie in ihren Sälen hetzen,
sagt:"Ja und Amen - aber gern!
Hier habt ihr mich
- schlagt mich in Fetzen!"
Und prügeln sie, so lobt den Herrn.
Denn Prügeln ist doch ihr Geschäft!
Küßt die Faschisten, wo ihr sie trefft.
Und schießen sie -: du lieber Himmel,
schätzt ihr das Leben so hoch ein?
Das ist Pazifisten - Fimmel!
Wer möchte nicht gern Opfer sein?
Nennt sie die süßen Schnuckerchen,
gebt ihnen Bonbons und Zuckerchen...
Und verspürt ihr auch
in eurem Bauch
den Hitler-Dolch, tief bis zum Heft -:
Küßt die Faschisten, küßt die Faschisten,
Küßt die Faschisten, wo ihr sie trefft!

Rosen auf den Weg gestreut
Kurt Tucholsky, 1931

Wir wissen nicht, was CDUSPDFDPGRÜnePDS empfehlen.
Die Unregierbaren empfehlen:
Zurückschlagen und Selbstorganisation
gegen Nazis und den deutschen Stammtisch - Mob!!
Auch FaschistInnen haben Namen und Adressen!
Schaut nicht weg! Greift ein!

Wahlen ändern nix!
Organisiert euch selbst!

